

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 38. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 10 2003

Jetzt Schweizer Demokraten wählen!

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Sonderausgabe Wahlen:
50'000 Exemplare



Rudolf Keller,
Landrat,
e. Nationalrat
und SD-Zentralpräsident,
Frenkendorf

Der Auszug aus der 1.-August-Ansprache von Rudolf Keller, Landrat / e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf, zeigt uns auf, weshalb man, wo immer es SD-Listen hat, unbedingt die Schweizer Demokraten in den Nationalrat wählen sollte!

Liebe Landsleute

«Mitglieder und Interessierte treffen sich zur etwas anderen 1.-August-Vorabendfeier...» Dies las ich in unserem letzten Dorfanzeiger. Es war eine Mitteilung der Sozialdemokraten. Einen alternativen, etwas andern 1. August wollen sie also feiern, die lieben Genossinnen und Genossen. Das erinnert mich doch stark an die dieswöchige Enthüllung des neuen SP-Wahlkampfplakates, diese perfide Plakatkampagne, die unter dem Titel «Unser Patriotismus kennt keine Grenzen» läuft.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Der Rütlichschwur und Arnold von Melchtal wird von den Sozis zu Wahlkampfzwecken missbraucht und entwürdigt.

Sie reden von «Demokratie fördern» und «Volksrechte ausbauen», derweil sie dem Bundesgericht applaudieren, das unsere Einbürgerungsvolksrechte abschaffen will. Ja sie faseln sogar von «mehr Mitspracherechten für alle Menschen» und wollen gleichzeitig in die undemokratisch-bürokratische EU, welche von Staatsoberhäuptern und Ministern autokratisch regiert wird. In der EU ist nichts von Demo-

kratie oder gar ernsthaften Einflussmöglichkeiten der Völker zu spüren. Da haben die Völker zu gehorchen, wenn sie einmal drin sind. Und in eine solche Organisation wollen also die Demokratieförderer der SP. Wir können darob nur staunen. Aber das passt zur Politik der Linken in unserem Lande. Ausverkauf der Heimat ist Trumpf! Dass sie sich nun auch noch «Patrioten» schimpfen, ist der Gipfel der Frechheit. Sie haben eine von Genf aus gesteuerte weltreisende und unsere Neutralität in Frage stellende Bundesrätin, die macht was sie will, nur nicht das was sie als Landesmutter tun sollte. Einbürgerungen forcieren, den EU-Beitritt anpeilen – wir fragen uns, was ist denn an dieser internationalistischen SP-Politik patriotisch?

Darauf kann ich nur antworten: Wir Schweizer Demokraten sind die Patrioten und nicht die anpassersich-unterwürfigen SP-Leute, welche unser Land ans Ausland verschachern wollen.

Aber wir können von dieser SP, welche kaum mehr einfache Arbeiter und Angestellte in ihren Reihen hat, nichts besseres erwarten. Siebenmalgscheite Intellektuelle regieren die Sozis. Es sind fast durchwegs Leute, die nicht mehr wissen, wo den sogenannten «kleinen Leuten» der Schuh drückt. Sie geben vor, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und wollen gleichzeitig EU-Mitglied werden. Damit ist es ihr erklärtes Ziel, einer Organisation anzugehören, die im Schnitt gut drei Mal so viele Arbeitslose hat wie in unserem Lande. Und die Jugendarbeitslosigkeit ist in der EU gar fünf Mal höher als bei uns. Ist das noch sozial, müssen sich die Sozialisten fragen lassen. Jahrzehntlang haben sie wacker mitgeholfen, Fremdarbeiter in unser Land zu schleusen. Heute kommen sie, wie die Grünen auch, und verlangen von uns, dass wir millionenschwere Ausländerintegrationsprogramme mit unseren Steuergeldern zahlen sollen. Einst hat uns die SP, wie der Freisinn und die CVP auch, gepredigt, dass Ausländer wirtschaftlich «rentieren» würden, dass dies auch ökonomisch ein Gewinn sei für unser Land. Aber weit gefehlt. **Weshalb müssen wir immer mehr Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsprämien zahlen? Weil für Ausländer Weiterbildungsprogramme, Förderklassen, immer mehr Sozialhilfebeiträge und Krankenkassenprämien bezahlt werden müssen. Unser Land ist zum internationalen Anziehungspunkt für allerlei fragwürdige**

Mobilmachung

Wenn Sie wollen, dass unsere heimat-treue Stimme nach über 40 Jahren Kampf für eine freie, unabhängige und schweizerische Schweiz nicht für immer verstummt, dann müssen Sie in folgenden Kantonen die Liste der Schweizer Demokraten (SD) unverändert einlegen:

AG: SD-Liste 7a, JSD-Liste 7b,
Ständerat: Lidwina Wiederkehr

BE: SD-Liste 15, JSD-Liste 16

BL: SD-Liste 9

BS: SD-Liste 9

Ständerat: Markus Borner

LU: SD-Liste 8

NW: Nationalrat: Beat Vetterli;
Ständerat: Stephan Bestler

SG: SD-Liste 18

TG: SD-Liste 10

VD: *DS-liste no 8*

ZH: SD-Liste 8

Um bei den Wahlen gegen die erdrückende Konkurrenz der Grossparteien nicht total unterzugehen, müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Noch fehlen uns mindestens 50'000 Franken. Wir sind deshalb um jeden Spendenfranken äusserst dankbar.

Ihre SD-Parteileitung

Gestalten und Kriminaltouristen geworden.

Wir sind zu einem Schmarotzerland verkommen und schuld daran sind die Regierungsparteien. Die Rechnung geht nicht mehr auf, denn wir Einheimischen sind die Geprellten. Das heisst aber auch, dass die Sozialisten nicht mehr sozial sind! Und solchen Leuten sollten Arbeiter, Angestellte und Mittelständische ihre Stimme nicht geben!

Was wären wir Menschen ohne Visionen und unsere Vision sieht anders aus als die der bürgerlichen und linken Heimatverschacherer.

Wir wollen unser Land als freie, lebensfähige, neutrale und unabhängige Willensnation auf unbegrenzte Zeit erhalten.

Unsere Schweiz soll als Modell eines föderativen Staatenbundes bei grosser Mitsprache des Volkes auf allen politischen Ebenen in der Form der direkten Demokratie erhalten bleiben. Wir Schweizer Demokraten kämpfen deshalb für einen gesunden, stabilen und sozialen Lebensraum für unser Volk. Das heisst auch, dass wir wieder mehr für uns schauen sollen und dürfen, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. Die Franzosen und die Deutschen tun dies nämlich auch, völlig selbstverständlich und niemand fällt deshalb über sie her.

Mir scheint, dass es viele von unseren Landsleuten verlernt haben, als selbst-

bewusste und starke Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu denken und vor allem zu leben.

Dies im Bewusstsein, dass wer stark ist, vieles zu leisten imstande ist. Wir brauchen für unser Land eine gerechte Sozialordnung bei möglichst grosser individueller Freiheit und Selbstverantwortung.

Das heisst für uns Schweizer Demokraten aber auch, dass wir nicht nur die SP hinterfragen, sondern auch die Bürgerlichen, vor allem die FDP und die

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Stalins verschwiegener Völkermord – Die Hungersnot in der Ukraine 1932/33
- 6 SVP-Sündenregister – das falsche Spiel der SVP
- 8 Veranstaltungskalender
- 11 Einwanderungsland Schweiz?
- 12 Der Leser hat das Wort

Jetzt Schweizer Demokraten wählen

Fortsetzung von Seite 1

Zick-Zack CVP unter die Lupe nehmen müssen. Aber auch die SVP, siehe Sündenregister der SVP im hinteren Teil dieser Zeitung, betreibt eine heuchlerische und schlangenfängerische Politik. Und wem haben wir es schlussendlich zu verdanken, dass eines unserer nationalen Symbole in der Versenkung verschwunden ist?

Vor allem einigen Schmarotzerkapitalisten der FDP ist es nämlich zuzuschreiben, dass wir keine nationale Fluggesellschaft mehr haben, die diesen Namen auch wirklich verdient.

Und was uns am meisten weh tut ist die Tatsache, dass die Verantwortlichen nicht einmal zur Kasse gebeten werden. Manche dieser Abzockerkapitalisten sind noch immer am Werk, in vielen Bereichen unserer Wirtschaft. Das stimmt uns traurig. Es gab bisher keinen wirtschaftlichen Reinigungsprozess, der doch so nötig wäre. Und die Freisinnigen haben sich nicht von ihren Profitgier-Mitgliedern distanziert. Darum fordern wir Schweizer Demokraten, dass Manager für volkswirtschaftliche Schäden, die sie verursacht haben, finanziell zur Verantwortung gezogen werden. Die Wirtschaft darf nicht Selbstzweck sein. Sie hat allen zu dienen, nicht nur einigen wenigen Raffgierigen. Wenn man sich dem bewusst ist, tönt es schon recht höhnisch und zynisch in unseren Ohren, dass die FDP jetzt vor den Wahlen «Sicherheit» im Sozialen und in der Wirtschaft verkündet. Dabei haben sie doch zusammen mit der sogenannten bürgerlichen CVP während Jahrzehnten die Mehrheit gehabt und hätten es richten können.

Also darf man auch feststellen, dass all die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieser Zeit von der CVP und der FDP hausgemacht sind.

Die Politik lag grösstenteils in ihrer Verantwortung. Sie stellten die Mehrheit im Parlament und im Bundesrat, da spielt es nur eine nebensächliche Rolle, dass auch die SP noch dabei war. CVP, FDP und SP haben mit Lug und Trug und unglaublichen Versprechen im Abstimmungskampf das neue Krankenversicherungsgesetz durchgebracht.

Sie haben uns gesagt, dass die Prämien mittelfristig stabilisiert und längerfristig sogar reduziert würden. Das war ja, wie wir heute wissen, ein einziger Volksbetrug.

Aber davon redet niemand mehr. Jetzt spielen sich dieselben Leute wieder als die Retter des Volkes auf. Sie versprechen das Blaue vom Himmel, nur um im kommenden Oktober wiedergewählt zu werden.

Und die AHV? Laut der offiziellen Rendensart haben wir zu viel Gold gehortet im Laufe der letzten Jahrzehnte. Also wäre es doch naheliegend, das zuviel an Gold in unser grösstes und wichtigstes Sozialwerk zu stecken, in die AHV. Aber nein, man feilscht wieder, die Kantone wollen noch Geld, die Forschung soll noch etwas abbekommen und die Bildung auch und und. Für solche Diskussionen und kleinliche Zänkereien haben die Regierenden endlos Zeit, man könnte meinen, die AHV darbe gar nicht vor sich hin.

Es ist also Geld für unser Sozialwerk AHV vorhanden. Man hat Goldreser-

ven, die man brauchen könnte. Und es wäre doch auch denkbar, von den Arbeitgebern für jeden beschäftigten Ausländer eine Infrastruktursteuer zu verlangen.

So dass die effektiven Kosten, welche diese Einwanderer verursachen, auch wirklich gedeckt sind. Heute ist es leider nicht so und eine Tatsache, dass einige Wenige von der largen Ausländerpolitik profitieren und wir als Volk zu zahlen haben. Die Erträge aus einer derartigen Steuer könnte man ebenfalls in die AHV einspeisen. Dies würde wohl viel Gutes bewirken – für die AHV und in der Ausländerpolitik! Man muss nur Wollen, dann gibt es schon sinnvolle Lösungen. Die schlechteste aller AHV-Sanierungslösungen ist aber die – und das wird längerfristig von allen Regierungsparteien gefordert, einfach die sogenannte Mehrwertsteuer zu erhöhen. Denn diese Steuer ist unsozial. Sie trifft die Leute mit kleinem Portemonnaie härter als diejenigen mit mehr Einkommen. Darum haben wir Schweizer Demokraten diese Steuer und solche Lösungsvorschläge nie unterstützt. Und zur Invalidenversicherung nur so viel:

Wenn alle Simulantinnen und Simulanten konsequent ausgeschaltet würden, dann wäre dieses Sozialwerk schnell saniert. Die IV gebührt denen, die echt invalid und leidend sind.

Wenn man sich manche IV-Dossiers aber ansieht, dann zweifelt man daran, dass dies überall so gehandhabt wird. Für uns Schweizer Demokraten gäbe es im sozialen Wirkungsfeld also viel Arbeit. Gehen wir vermehrt daran und kämpfen wir für soziale Sicherheit aber gegen Sozialschmarotzertum.

Die Schweiz ist anziehend geworden, deshalb wandern immer mehr Fremdarbeiter und ihre Familien ein. Das ist der Grund, weshalb wir die **SD-Volksinitiative zur «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» gestartet haben. Und ich fordere alle auf, dafür Unterschriften zu sammeln.**

Unsere Volksinitiative basiert auf dem einfachen Mechanismus, dass nicht mehr einwandern können als im Vorjahr freiwillig das Land verlassen haben. Da die Asylanten mitgezählt werden, ist die Initiative sehr griffig! Seit in unserem Lande eine Ausländerstatistik geführt wird, gab es immer eine freiwillige Auswanderung. Das bedeutet, dass man genaue Erfahrungswerte darüber hat, wie viele Leute jedes Jahr einreisen und auch wieder ausreisen. Im Jahr 2001 kamen beispielsweise 48'640 Leute mehr ins Land als ausreisten. Dieser Wanderungssaldo war in den letzten Jahrzehnten nie Null – selbst nicht im Zweiten Weltkrieg. Darum kann man, wenn man die Vorjahreszahlen kennt, jeweils recht genau festlegen, wie viele Menschen höchstens neu ins Land einreisen dürfen. Unsere Initiative ist also einfach umsetzbar. Klar war bei der Formulierung der Initiative sodann, dass wir die bestehenden Bilateralen Verträge mit der EU/EFTA respektieren mussten. Die Einwanderung aus dem EU-Raum ist von unserer Initiative nicht tangiert, denn das Volk stimmte diesem Einwanderungsmechanismus in einer Volksabstimmung leider zu. Was man wissen muss:

Der Text richtet sich gegen die Masseneinwanderung aus Nicht-EU-Staaten. Denn 41,5% aller Einwandernden

stammen aus Nicht-EU- oder Nicht-EFTA-Ländern. Der Ausländeranteil steigt und steigt – und dies trotz Masseneinbürgerungen.

Man schaue sich nur einmal in den Städten und grösseren Ortschaften um, woher die Leute kommen. Meist sieht man es ihnen an!

Zwischen 1980 und 2003 vervierfachte sich die Zuwanderung aus Afrika, Asien, sowie Mittel- und Südamerika. Es sind vor allem die CVP und der Wirtschaftsfreisinn, unterstützt durch einige Grossbauernvertreter, die Baulobby, Spekulanten, die SP, aber auch Geschäftlmacher aus den Reihen der SVP, welche die Einwanderung in den letzten Jahrzehnten förderten. Dies ist die historische Schuld der Regierungskoalition, welche dereinst in der Gesichtsschreibung festzuhalten ist.

Die ungebreiteste Masseneinwanderung ist ein Verbrechen an unserer Heimat. Sie rüttelt an den Grundfesten unseres Landes. Und die SVP hat bisher nichts dagegen getan, im Gegenteil – sie haben all unsere Anti-Einwanderungs-Initiativen abgelehnt! Die SVP behauptet aber dennoch wahrheitswidrig, dass sie die einzige Partei wären, die sich diesem Problem annähmen!

Der Verlust unserer Identität und das kontinuierliche Abgleiten unserer Kultur macht mir deshalb grosse Sorgen. Daran kann auch die momentan **grasierende Schweizerkreuz Hysterie** nichts ändern. Patriotisch gesinnte, das Schweizerkreuz tragende Menschen stehen ideell zum weissen Kreuz auf rotem Grund. Das finden wir toll und haben davor auch Hochachtung. Aber was man sonst sieht... Schweizerleichen hier, Schweizer Fahne dort, und beim Bäcker Uelüsü konnte ich in der Schaufensterauslage kürzlich Patisserie mit Schweizerkreuzchen sehen. In einem andern Laden sitzt eine jugoslawische Kassierin an ihrer Kasse, die von Schweizer Fähnchen umrahmt ist. Und das Restaurant «Zur krummen Beiz» hat vor dem Haus nicht nur einen Fahnenmast, an dem die Schweizerfahne aufgezogen ist, sondern auch noch Schweizergläser auf den Tischen. Die Sozis brauchen neuerdings gar in ihrer Parteiwerbung.

Es ist offenbar «in», sich mit dem Schweizerkreuz zu schmücken. Nur, und das stimmt mich nachdenklich, handeln tun viele Leute nicht so, wie man es von jemand, der das Schweizerkreuz verehrt, erwarten würde.

Viele geben sich antischweizerisch, manche sogar schweizfeindlich! Sie stimmen für den UNO-Beitritt und schaffen mit der Armee 21 faktisch die allgemeine Wehrpflicht ab und sie sind für Blauhelmsoldaten. Eigentlich sind sie internationalistisch und man muss annehmen, dass für viele – nicht für alle – das mit dem Schweizerkreuz eher eine unverbindliche Modeströmung ist und weniger ein unerschütterlicher Glaube daran. In der Armee hat es immer mehr Drückeberger und Weicheier, mit denen man im Ernstfall ohnehin nicht kämpfen könnte.

Kurzum ich stelle fest, dass der Verlust und Zerfall unserer eigenen Kultur unseren nationalen Selbstbehauptungswillen schwächt.

Deshalb haben wir Schweizer Demokraten auch eine Fülle von wichtigen politischen Forderungen, für die wir

einstehen. So sollte vermehrt ein schweizerisches Geschichtsbewusstsein gepflegt werden. Unsere Kulturgüter und das Brauchtum sind besser zu schützen und zu fördern. Das heisst aber auch, dass unsere christlich-abendländische Kultur Vorrang haben muss, denn sie ist das Fundament unserer Ethik und Moral. Gewisse fremde Moralvorstellungen, welche durch die Masseneinwanderung ins Land gebracht werden, gehören nicht zu uns. Sie machen unser Land längerfristig schlicht kaputt.

Und diejenigen, welche aus dem Ausland zu uns kommen, haben sich unseren Sitten und Gebräuchen bedingungslos unterzuordnen.

Sie haben die einheimische Sprache zu lernen, die man an ihrem Wohnort spricht. Alle die das nicht tun wollen, haben bei uns schlicht nichts verloren. Die sollen besser wieder hingehen von wo sie herkommen. Unser Land läuft Gefahr, in einer Misch-Masch-Kultur unterzugehen. Das wäre eine Kultur ohne erkennbare Leitplanken und Hintergrund, eine Kultur auch, die den Leuten keinerlei Halt und Geborgenheit mehr gibt. Es wäre wohl schon eher eine **Kult-Hur!**

Darum benötigen wir als erstes und sehr vordringlich einen wirksamen Schutz und die aktive Förderung unserer vier Nationalsprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch.

Wir können als Willensnation nur bestehen, wenn es uns gelingt, die vier dahinter stehenden Kulturen lebendig zu halten, ja sie voll und ganz zu leben. An verschiedenen Ecken sind wir bedroht, einerseits ist es die Multi-Kulti-Politik von FDP, CVP und SP und andererseits ist es die damit einhergehende sprachliche Verwilderung.

Das war wieder *«geil!»* Gestern Abend schaute ich in der Fernseh-Sportsendung einen Fussballmatch der Schweizer *«Super League»*. Gemeint ist damit die ehemalige Fussball-Nationalliga A. Schweizerisch ist sie kaum mehr, es wimmelt nur so von ausländischen Namen und Afrika ist immer stärker vertreten. Unser Lokalradio «Edelweiss» soll fortan *«Radio Basel One»* heissen. Heute bin ich mit meinen *«Kids»* durch die Zürcher *«City»* gefahren. *«Sorry»* ich hab da noch was vergessen. Die Leute *«biken»* jetzt, früher sind sie Zweirad oder Velo gefahren. Das sind doch *«coole»* Beispiele, nicht wahr... Der Beispiele wären da noch tausende. An den Deutschschweizer Schulen klagen die Lehrer, dass ihre Schülerinnen und Schüler unsere deutsche Sprache nicht mehr richtig lernen. Und Mundart, das dann und wann auch angebracht wäre, geht auch immer mehr im Sprachenwirrwarr unter.

Alle nichtenglischen Länder werden von dieser englischen Sprache und ihrer Subkultur vom Kontinent drüben regelrecht überrannt.

Sehr vieles geht dabei kaputt. Darum ist es dringend, dass Massnahmen gegen die sprachliche Verwilderung beschlossen werden. Heute bin ich überzeugt, dass wir in der Schweiz – gleich wie in Frankreich – einen sprachlichen und kulturellen Schutz vor der Englischwelle brauchen. Die Franzosen haben für die Abwehr dieser Sprache und die Förderung der eigenen Sprache eigens ein Gesetz geschaffen. Das bewirkt zwar nicht alles, kann aber doch

Fortsetzung von Seite 2

das eine oder andere verhindern und bremsen.

Zur Förderung der eigenen Kultur gehört aber auch, dass wir unseren Kindern Namen geben, die aus unserem Kulturkreis stammen.

Wenn wir das nicht vermehrt tun, gehen auch unsere altherwürdigen und schönen Namen im Weltmischmasch unter. In islamischen Ländern oder auch in Asien ist es völlig selbstverständlich, dass ihre Kinder einheimische Namen erhalten. Diese Völker und Religionen haben den festen Willen, ihre Kultur zu fördern und weiterzutragen – und unter Kultur versteht man in Afrika oder Asien zum Beispiel auch das einheimische Essen. Dieser Selbsterhaltungswille muss auch bei uns mit ge-

eigneten Massnahmen wieder gestärkt werden. Nur so haben wir als Volk und Nation eine Überlebenschance.

Wir Schweizerinnen und Schweizer müssen aufpassen, dass wir nicht die Indianer Europas werden.

Unsere Heimat ist auf dem besten Weg dorthin, wenn es uns nicht noch gelingt, diesen Zersetzungsprozess zu stoppen.

1291 wurde unser Land mit dem Rütli Schwur begründet und es ist in den folgenden Jahrhunderten zur heutigen schweizerischen Eidgenossenschaft herangewachsen. 712 Jahre sind für uns nicht genug. 712 Jahre verpflichten uns, das Erbe unserer Väter und Mütter zu bewahren und für deren Fortbestand einzustehen.

Darum: An die Urnen und SD wählen – Danke!



Die SD ist die älteste und die einzige wirklich grüne Partei der Schweiz

Es ist bemühend, ja abstossend, wenn zur Zeit von gewissen Journalisten behauptet wird, die Umweltbewegung in der Schweiz sei von der Romandie ausgegangen. Tatsächlich lässt sich leicht beweisen, dass bei der Gründung der Nationalen Aktion in den 60-er Jahren des letzten Jahrhunderts eindeutig grüne Anliegen die Basis der jungen Partei bildeten.

Zu Recht – wie wir heute wissen – wurde damals gewarnt

- vor der künstlichen Erhöhung der Bevölkerungszahl durch Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen;
- vor den Folgen unkontrollierter Bauwut;
- vor den unabsehbaren Konsequenzen einer zum Dogma erhobenen Dauerwachstums-Ideologie;
- usw.,usf.

In einem Abstimmungsflugblatt durfte damals noch von prominenten Persönlichkeiten die folgende Aussage unterschrieben werden:

Mit Hilfe ausländischer Menschen und ausländischem Kapital verbauen wir für die Bedürfnisse ausländischer Menschen unseren raren Boden! Vergeblich!

In wahren Schlammschlachten wurden zuerst die Zürcher Demokraten zum Rückzug ihrer Initiati-

ve zur Bremsung der Einwanderung (1968) gezwungen, dann die Nationale Aktion in der Abstimmung vom Juni 1970 – knapp zwar – aber eben doch besiegt.

Die Berner Sektion der NA lancierte in einer Gross-Veranstaltung im Kursaal Bern im Juni 1971 (ca. 500 Besucher) den Kampf um das Bewusstsein der Bevölkerung für die drohenden Gefahren, indem der Zusammenhang **Überfremdung – Überbevölkerung – Umweltzerstörung** thematisiert wurde.

Von ihren vier Vertretern im Nationalrat wurde ab 1971 die Bedeutung ökologischer Zusammenhänge im gesamten politischen Geschehen immer wieder hervorgehoben.

Aus jener Zeit stammt die in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Tschumi und Dr. H. Gruhl entstandene Grundsatzserklärung der NA, die für viele Jahre als politische Leitlinie galt.

Zur Erinnerung hier wieder einmal der vollständige Text:

In umfassender Würdigung der heute vorhandenen wissenschaftlichen Grundlagen bekennt sich die Nationale Aktion für Volk und Heimat zu der folgenden Aufgabenstellung:

Die weltweite unkontrollierte Bevölkerungsexplosion geht unablässig weiter; gleichzeitig wird die Biosphäre durch die mensch-

liche Zivilisation täglich mehr belastet.

Ökologische Katastrophen globalen Ausmasses sind in absehbarer Zeit zu erwarten.

Durch die heutige Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik wird die Lage für das Schweizervolk zunehmend gefährlicher.

Die Nationale Aktion für Volk und Heimat erachtet es als ihre Aufgabe und Pflicht, für eine Änderung der allgemeinen Politik in dem Sinne zu kämpfen, dass unser Volk in seinem eng begrenzten Lebensraum den zu erwartenden Krisen biologischer Natur vorbereitet gegenüber treten kann.

Die NA der 70-er Jahre war also eine echte Umweltbewegung, eine zutiefst «Grüne Kraft», die sich nicht mit Symptom-Therapie begnügte, sondern die Probleme an der Wurzel packen wollte. – Das seit 1973 bestehende «Politische Programm», das für jede Legislaturperiode der Eidg. Räte überarbeitet und erneuert wurde, legt davon ebenso Zeugnis ab, wie das Wirtschaftsprogramm «Die Nationale Marktwirtschaft», das 1977 an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung mit 102 : 0 Stimmen genehmigt wurde.

Und nun zur Entstehung der sogenannten grünen Parteien!

Die NA führte in den Siebziger Jahren jeweils sogenannte Kader tagungen durch. Dort wurden die Führungsleute mit den ökologischen Zusammenhängen vertraut gemacht. Im Wahljahr 1975 sprach als Gastreferent der bekannte Ökologe Dr. Kaminski von der Bochumer Sternwarte.

Als Gäste waren u. a. einige Vertreter einer Zürcher Gruppe geladen, die sich zum Umweltschutz im vertieften Sinne bekannten. Zum Dank lancierten eben diese Personen für die Kantonsratswahlen im Frühjahr 1975 eine «Grüne Liste» mit dem erklärten Ziel, der NA Stimmen abzugeben. Das gelang ihnen. Diese Wahlen wurden zum Startschuss für die Grün-Linken Bewegungen in der übrigen Schweiz, die sich allesamt früher oder später am äussersten linken Spektrum in die politische Landschaft eingliederten. Damit wurde und wird der ökologischen Bewegung in der mehrheitlich bürgerlich denkenden Schweiz ein nicht zu unterschätzender Schaden zugefügt. Zwangsläufig verrieten die Grünen fundamentale Anliegen jeder ökologischen Politik:

- den Erhalt einer eigenen Ernährungsbasis, d.h. der Landwirtschaft;

- die politische Unabhängigkeit des Kleinstaates (Stabilität lässt sich nur durch das Zusammenwirken und Ausgleichen zahlreicher politischer Organismen sicherstellen);
- die Verteidigung des nationalen Erfolgsrezeptes, der integralen Neutralität;
- den Erhalt der naturgegebenen Familienstrukturen, die unabhängig sind für die Pflege eines ausreichenden Nachwuchses hoher Qualität;
- usw.usf.

In Deutschland wurde die «Grüne Aktion Zukunft» des Dr. H. Gruhl systematisch von Anarchisten, Extrem linken, Schwulen und Lesben unterwandert und schliesslich beherrscht. Dr. Gruhl trat mit seinen überzeugten, ökologisch denkenden Mitstreitern aus «seiner» Partei aus und gründete die ökologisch-demokratische Partei. Dieser blieb der politische Durchbruch unter dem Druck der Medien versagt; dafür konnten sich die «Die Grünen» – ähnlich wie in der Schweiz mit Duldung, ja Hilfe der linken Parteien – halten.

Die SD als Nachfolge-Partei der NA

Wenn die Parteileitung seinerzeit hoffte, die diffamierenden Unterschiebungen wie «Fremdenhass», «Ein-Themen-Partei», usw. durch einen Namenswechsel loszuwerden, so hat sie sich leider getäuscht. Auch die junge Generation der Journalisten kümmert sich weder um Quellen-Studium noch um eine vertiefte Analyse der drängenden Probleme unseres Volkes und der Menschheit.

So werden wir wohl auch im Wahljahr 2003 mit pauschalisierenden Verunglimpfungen und dämmlichen Unterschiebungen leben müssen.

Die Geschichte der SD, das aktuelle «Politische Programm» ebenso wie das noch immer brandaktuelle Wirtschaftsprogramm beweisen, dass **die SD die einzige wirklich grüne Partei der Schweiz ist, die sich seit Jahrzehnten konsequent für den Schutz des Lebensraumes des Schweizervolkes, für seine Lebensgrundlagen und die politische Unabhängigkeit einsetzt.**

Deshalb – wem das eigene Volk, seine Existenzgrundlage und seine politische Unabhängigkeit echte Anliegen sind, **stimmt in den Nationalratswahlen 2003 für SD – Schweizer Demokraten**

Hans Spitz, Köniz

Bedrohtes Oberengadin! «Ein Tal baut sich zu Tode»

Auf den 10. Juli lud unter Federführung der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz die neu gegründete Stiftung «Terrafina» zur Pressekonzferenz ins Bundeshaus ein. Neben Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz, und Caspar Hürliemann, Präsident des Schweizer Heimatschutzes, sprach auch alt Bundesrat Rudolf Friedrich, Kommissionspräsident und vorübergehender Namensgeber des Gesetzes gegen den Ausverkauf der Heimat, zur erneuten Bedrohung der Oberengadiner Seenlandschaft durch einen Bauboom.

Ein neuer kantonaler Richtplan Graubünden liegt nämlich zur Genehmigung beim Bundesrat. Wird er ohne Korrekturen genehmigt, droht eine Anheizung der Bautätigkeit, weil er darauf hinausläuft, die Bauzonen noch einmal zu erweitern. Ausserdem gibt es Bestrebungen, die Strasse durchs Engadin zu einer Nationalstrasse und neuen stinkenden Transitachse zwischen

den Agglomerationen München und Mailand aufzuklassieren. Schliesslich wurde in den eidgenössischen Räten ein Vorstoss zur völligen Abschaffung der so genannten Lex Koller bezüglich des Verkaufs von Grundeigentum an Personen im Ausland überwiesen, und der Bundesrat scheint ihm zustimmen zu wollen. Der schon heute überbordende Zweitwohnungsbau im Oberengadin droht also trotz der in den Siebzigerjahren erlassenen Schutzbestimmungen wieder aus dem Ruder zu laufen!

Um etwas gegen diese Gefahren zu unternehmen und Druck auf den Bundesrat auszuüben, haben initiative Leute die Stiftung «Terrafina» gegründet. Sie umfasst neben einigen so genannt Prominenten die Stiftung Landschaftsschutz, den Schweizer Heimatschutz und das Forum Oberengadin. Die «Kultur der Langsamkeit» wurde beschworen, die allerdings nicht vom Schweizer Landschaftsschützer Weiss stammt, sondern vom französischen Philosophen Paul Virilio.



Mustergültiger Ferienhausbau (Engadin).

Aus: Schweizer Heimatschutz

Der Zweitwohnungsbau bedroht nämlich nicht nur die Landschaft, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage des Oberengadins, den Tourismus. Die «Ferienhausschwemme» steht fast 50 Wochen im Jahr leer und bildet eine Geisterstadt. Sie dient ausschliesslich der Bauwirtschaft. In der Hauptsaison leben hingegen heute schon 100'000 bis 120'000 Personen im Oberengadin, das zur Agglomeration und Bandstadt wird, mit allen damit verbundenen Nachteilen wie Verkehrskollaps, Atemluftver-

schmutzung, Lärm usw. Es entspricht der sechstgrössten Schweizer Stadt. Wird die Raumplanung nach Art der Bündner Regierung betrieben, bleibt sie ein reines Alibiunternehmen. Ergeben sich Wünsche nach mehr Bauten, werden einfach die Bauzonen erweitert!

Keine Erwähnung fand der Tatbestand, dass auch unsere Partei grosse Verdienste um den Schutz der Oberengadiner Seenlandschaft hat. Er wurde nicht zuletzt unter dem Druck des eidgenössischen Volksbegehrens der NA «gegen den Ausverkauf der Heimat» eingeführt, und die früheren, heute verstorbenen NA-Nationalräte Walter Jäger, selber gebürtiger Bündner, und Werner Reich haben sich diesbezüglich ebenfalls Verdienste erworben.

Übrigens besteht ein ähnliches Bedrohungsszenario für die Weinbaugegend am Genfersee. Begründung: man könne den Wein nicht mehr verkaufen. Das hat den Umweltschützer Franz Weber soeben bewegt, eine neue kantonale Initiative zu deren Schutz einzureichen!

*Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, e. Nationalrat*

Unglaublicher Umweltschutz

Einsatz für Umwelt, Schonung natürlicher Ressourcen und Lebensgrundlagen einerseits, Bekennnis zu Globalismus, einheitlichem Weltmarkt, Internationalismus und Multikulturalismus andererseits schliessen sich von der Sache her gegenseitig aus. Erstens werden durch die Politik des Internationalismus die Warentransportwege immer länger und belasten die Umwelt. Ausserdem entmacht eine solche Politik durch Verlust der Souveränität auch die Regierungen der Nationalstaaten, die nicht mehr fähig sind, eine wirklich ökologiegerechte Wirtschafts-, Migrations- und Bevölkerungspolitik zu führen. Schliesslich ist eine Haltung, die gleichzeitig beides bejahen will, unglaublich, auch wenn sie unter angeblichen Globalisierungsgegnern, die ein bisschen überall demonstrieren, weit verbreitet ist.

Da wird im eigenen Land, zum Beispiel im mittleren Glattal, der hinterste grüne Fleck auch noch überbaut, weil es für die dringenden Bedürfnisse einer einwanderungsbedingt stetig wachsenden Bevölkerung einfach immer mehr

Bausubstanz braucht. Die letzten Biotope, die nicht gerade nur den Menschen dienen, verschwinden. Auf der andern Seite, etwa durch den WWF, hält man den Negerlein in Übersee Moralpredigten, sie sollen bitte ihre Urwälder vor dem Abholzen schützen und keine Edelhölzer exportieren. Die wilden Tiere und Pflanzen, die dort leben, bräuchten diese Lebensräume dringend zum Überleben. Dabei ist deren Schrumpfung auch dort Konsequenz einer wachsenden menschlichen Bevölkerung, die eben mehr Raum zum Leben braucht!

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Menschen sich wirklich überall bewusst werden, dass sie Verantwortung für ihren eigenen Lebensraum tragen, und nicht einfach weiterwandern können, wenn sie ihn einmal zerstört haben!

*Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, e. Nationalrat*



Kiffen schädigt Föten

Werdende Mütter sollten gänzlich auf den Konsum von Marijuana verzichten, fordern Forscher in der Onlineausgabe von «Nature». Zu diesem Schluss kommen sie auf Grund von Befunden, die sie bei Versuchen mit Ratten gemacht haben. Vincenzo Cuomo und seine Kollegen an der Universität La Sapienza in Rom hatten werdenden Rattenmüttern während der letzten drei Wochen der Trächtigkeit synthetisches Cannabis verfüttert.

Nach der Geburt seziierten und untersuchten die Forscher die Gehirne der neugeborenen Nager. Dabei stellten sie gravierende Schäden fest. So war etwa der Gehalt des Botenstoffes Glutamate drastisch reduziert. Er hilft den Nervenzellen, sich untereinander abzusprechen. Zudem waren Zellen des Hippocampus geschädigt. Diese Gehirnstruktur spielt beim Lernen eine entscheidende Rolle.

rko.

Auch dank SD-Unterstützung:

Tierschutz-Initiative eingereicht

Die Volksinitiative des Schweizer Tierschutzes (STS) «Für einen zeitgemässen Tierschutz (Tierschutz – Ja)» ist mit 117'113 gültigen Stimmen zustande gekommen.

Dem STS geht die laufende Revision des Tierschutzgesetzes nicht

weit genug. Im Zentrum der Initiative steht die Forderung, dass alle Tiere vor dem Schlachten wirkungsvoll betäubt werden müssen. Sie will das Schächtverbot in der Verfassung verankern.

Tiertransporte sollen auf das Nötigste beschränkt werden.

**SD: Wir kämpfen gegen die
Benachteiligung der Einheimischen
Bevölkerung**

Stalins verschwiegener Völkermord – Die Hungersnot in der Ukraine 1932 / 1933

Zum 70. Mal jährt sich der grösste Völkermord des letzten Jahrhunderts. 1932/1933 verhungerten Millionen ukrainische Bauern, wurden willkürlich erschossen oder starben während der Deportation.

Die Ukraine war 1933 ein Todeslager ungläublichen Ausmasses. 45 Millionen hungerten und 11 Millionen verhungerten, wurden erschossen oder deportiert. Die genauen Zahlen weiss niemand. Aber in den letzten 12 Jahren, nach dem Untergang der Sowjetunion, wurden viele authentische Archivdokumente entdeckt und veröffentlicht, Berichte der Partei- und Staatsorgane der bolschewistischen Macht wie auch die geheimen Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes. Die heutige Schätzung ist über 11 Millionen Tote. Die Menschen starben, weil sie sich dem Kommunismus entgegenstellten.

Diese Hungersnot fand in der Ukraine, der Kornkammer Europas statt. Sie war nicht verursacht durch eine natürliche Katastrophe wie Dürre oder Epidemie, sie war nicht Folge kriegerischer Handlungen. Die Hungersnot war eine bewusst inszenierte, sorgfältig geplante und konsequent durchgeführte Handlung Stalins.

Diese Hungersnot hatte hauptsächlich politische Gründe. Zum einen ging es um die Kollektivierung der Landwirtschaft. Stalin musste den massiven und unerwarteten Widerstand der ukrainischen Bauern gegen Kollektivierung, sprich Enteignung, und die Opposition gegen die Moskauer Politik der kolonialen Ausbeutung brechen. Zum anderen musste der ukrainische Nationalismus, der Wunsch der Ukrainer nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Freiheit bezwungen, das kulturelle und soziale Leben, die Basis des ukrainischen Widerstandes, zerstört und die wohlhabenden, unabhängigen Bauern unterjocht werden.

Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft kam die Agrarproduktion unter die Kontrolle Stalins. Die Abgabequoten für Vieh und Getreide wurden festgesetzt. Um den massiven Widerstand der ukrainischen Bevölkerung zu brechen, wurden 1932 die schon übermässigen Abgabequoten, die sogenannten Getreideeinzugs-Lieferungen massiv erhöht und zusätzliche Sonder-

lieferungen verordnet. Wurden die Abgabequoten nicht erfüllt, und sie konnten ja nicht erfüllt werden, erfolgte unter dem Vorwand der Sabotage die Beschlagnahmung aller Nahrungsmittel inklusive Saatgut, Massenverhaftungen, Deportationen und Hinrichtungen. Der Widerstand der Bauern wurde als Sabotage definiert.

Massensterben

Die verzweifelten Menschen, die um zu überleben Getreide versteckten, wurden eliminiert. Hausdurchsuchungen und Kontrollen wurden durch Stossbrigaden fanatischer Jungkommunisten durchgeführt. Die Strafe für solchen «Diebstahl sozialistischen Eigentums» war willkürliche Erschiesung oder Deportation. Kinder wurden, bei Verrat ihrer Eltern, zu Helden der Sowjetunion ernannt. Während die Menschen verhungerten, wurde das Getreide zu Schleuderpreisen ins Ausland verkauft. In die leeren Häuser der toten Ukrainer wurden vorwiegend Russen übersiedelt.

All diese Massnahmen führten zu einer katastrophalen Versorgungslage und schliesslich zum Massensterben. Die Ukraine war den kommunistischen Schergen wehrlos ausgeliefert und der Westen schaute untätig zu.

Der Sommer 1933 war der Höhepunkt der Katastrophe. Millionen verhungerten, Millionen wurden erschossen, Millionen deportiert. Die Hungersnot war während der Sowjetzeit tabu und wurde von Stalin geleugnet. Viele damalige westliche Intellektuelle, Künstler und Politiker verharmlosten, beschönigten oder ignorierten die Zustände. Der Westen wollte zu diesem Zeitpunkt die Sowjetunion aus politischen Gründen nicht unter Druck setzen oder verärgern. Ausländische Reporter durften nicht in die Ukraine reisen, die Ukraine war völlig isoliert und im Stich gelassen.

Hunger als Waffe

Aber es gab doch Schriftsteller, die über die Hungersnot geschrieben haben, Schriftsteller wie Lev Kopelev, der in seinem Buch «Aufbewahren für alle Zeit» schreibt: «Ich war selbst dabei, suchte nach verstecktem Getreide und glaubte an die Grosse sozialistische Umgestaltung. Wir alle erfüllten eine revo-



Nebelspalter, März 1940 – Der Rote Holocaust mordete an die 100 Millionen Menschen.

lutionäre Pflicht, wir vollbrachten eine historische Tat.» Wie Boris Pasternak: «Was ich sah, liess sich in Worten nicht ausdrücken» oder Alexander Solzhenizin, George Orwell oder Arthur Koestler, sie und viele mehr haben darüber berichtet.

Sehr lesenswerte Bücher sind «Ernte des Todes – Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933» (The Harvest of Sorrow) (1986) von Robert Conquest und «Erinnerung an den Roten Holocaust» von Paul Rothenhäusler/Hans-Ueli Sonderegger. (2000)

Schon unter Lenin wurde 1919 Hunger als politische Waffe eingesetzt. Auch damals waren die Folgen verheerend für das Land wie auch für die Menschen. Für Stalin und seine Anhänger war es ein Kampf um den Sozialismus und gegen die freien Bauern in der Ukraine. Andrei Sacharov schrieb einmal über die «Ukrainophobie» Stalins, der der Meinung war, dass man das ukrainische Volk mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte, dass es aber wegen der grossen

Bevölkerungszahl nicht möglich wäre.

Stalin siegte, er brach den Widerstand des ukrainischen Volkes. Aber zu welchem Preis. 11 Millionen Tote und ein verwüstetes Land, das sich noch immer nicht erholt hat. Der rote Terror ermöglichte den Kommunisten damals in der Ukraine an der Macht zu bleiben. Jetzt ist die Ukraine frei, aber dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat seine Spuren hinterlassen.

Die grosse Hungersnot wird im Westen als Wahrheit anerkannt, bald auch von der UNO. Stalins verschwiegener und vom Rest der Welt ignoriertes Völkermord ist Tatsache.

Heute gedenken wir der 11 Millionen Toten, die zu den Opfern des Roten Holocaust zählen.

Es ist nie zu spät für Wiedergutmachung und es ist nie zu spät, sich der Opfer zu erinnern.

Ewiges Gedenken – Witschnaja Panniat.

Dr. Olena Geissbühler-Moyseyenko, a. Stadträtin, Bern

SVP-Sündenregister – das falsche Spiel der SVP

Sie geben vor, konservativ zu sein ...
 Sie geben vor, die Interessen der «kleinen Leute» zu vertreten ...
 Sie geben vor, schweizerfreundlich zu sein ...
 Sie geben vor, die Einwanderung zu bekämpfen ...
 Sie geben vor, als Einzige Asylmissbräuche zu bekämpfen ...
 Sie geben vor, patriotisch zu denken ...
 Sie geben vor, Saubermänner zu sein ...

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? – Keine schweizerische Partei hat auch nur annähernd so viel auf dem Kerbholz wie die SVP, keine Partei spielt politisch so falsch wie die SVP. Wir publizieren diese Liste, weil die SVP immer wieder wahrheitswidrig behauptet, sie seien die Einzigen, welche sich gegen Einwanderung und Asylmissbräuche wendeten und sie seien die einzig wahren Patrioten:

1994 stimmte die SVP für das **Anti-Rassismusgesetz** – die SD dagegen.

1996 Volksabstimmung: Die SVP **Baselland stimmt für die Einführung von Ausländerpolizisten**. Von der SD wird die Vorlage bekämpft.

1996: Die SVP Stadt Zürich **stimmt im Gemeinderat für Einbürgerungsvereinfachungen**. Anschliessend ergreift die SD alleine das Referendum und bringt es zu Stande. Plötzlich springt die SVP auf diesen Zug auf und reklamiert den anschliessenden SD-Volksabstimmungssieg für sich.

1996 Nationalrat: Gespaltene SVP. **Fast die Hälfte der Fraktion, nämlich 11 Nationalräte, stimmte sogar für die Ungültigkeit der SD-Asylinitiative**, einer enthielt sich der Stimme. Gleichzeitig war die SVP daran, ihr eigenes Süppchen zu kochen und eine eigene Asylinitiative zu lancieren.

11. Dezember 1997: SVP stimmt im Nationalrat gegen den Antrag von SD-Nationalrat Rudolf Keller, der den Stellenbestand um 500 Stellen beim Grenzschutzkorps aufstocken will. Dabei bräuchte die Überwachung der Grenze (Grenzstellen dauernd besetzen) einen starken Rückgang der illegalen Einwanderung von Asylbewerbern. Das Resultat wären Einsparungen, die über die neugeschaffenen Stellen hinaus gingen (so begründete Keller seinen Antrag). **Die SVP-Nationalratsfraktion lehnte in der Dezembersession 1997 auch An-**

träge der SD ab, welche auf Kürzungen der Unterstützungen für Ausländer abzielten. Dieselbe, verlogene SVP wird aber in der politischen Debatte nicht müde, solche Forderungen aufzustellen!

8. Juni 1998: SVP stimmt im Nationalrat geschlossen **dagegen, dass der 1. August ein bezahlter Feiertag sein soll**. Ausgerechnet diese sich sonst so patriotisch gebende Partei!

13. Juni 1998: Die SVP der Stadt Zürich ist nicht für einen Ausländerabbau. Zitat SVP-Gemeinderatsfraktionspräsident Thomas Meier: «NZZ»: Ihre Politik ist also auf die Reduktion der Ausländerzahlen angelegt? – Thomas Meier, SVP: Da haben Sie mich falsch verstanden. **Ich habe nie von einer Reduktion der Ausländerzahlen gesprochen, sondern von einer Senkung der weiteren Zuwachsrates**. Wir haben heute mit gut 28 Prozent in Zürich lebenden Ausländern wahrscheinlich den Grenzwert der noch vorhandenen Akzeptanz in der eigenen Bevölkerung erreicht.» Mit andern Worten heisst dies, die SVP will gar keinen Ausländerabbau, obwohl sie in Inseraten immer den Anschein erweckt, als ob dies ihr Ziel sei!

1998 stimmte die SVP für die neue schweizerfeindliche Bundesverfassung – die SD dagegen. Diese neue Bundesverfassung muss heute für sehr viele fragwürdige schweizerfeindliche Entscheide erhalten, beispielsweise für die angebliche «Willkür» bei Einbürgerungen usw.

1998 sammelten die SD-Leute in Emmen alleine Unterschriften für ihre «Initiative Einbürgerungen von Ausländern vors Volk». Die SD haben in der Volksabstimmung gewonnen. Im Januar 1999 erwähnte die SVP in einer Publikation diese Initiative und gab sie als die Ihrige aus (siehe JPEG). Die SVP riss sich in der Folge diesen SD-Erfolg medial unter ihre Nägel...

1994 – 2003: **Im Baselbieter Landrat stimmte die SVP während der letzten Jahre fast immer für alle Einbürgerungen**, auch für umstrittene. Sämtliche SD-Anträge, welche sich gegen die ausufernde Einbürgerungspolitik stemmten, wurden von der SVP grossmehrheitlich abgelehnt.

1999 stimmte die SVP für ein **tendenziell arbeitnehmerfeindliches Arbeitsgesetz** – die SD dagegen.

Oktober 1999: **SVP für bilaterales EU-Abkommen** – mit der Tendenz

für noch mehr Einwanderung! Die SVP-Fraktion der Bundesversammlung hat offiziell beschlossen und mit Erklärungen des Parteipräsidenten und des Fraktionspräsidenten untermauert, dass die SVP den Bilateralen Abkommen mit der EU zustimmt. Sie hat anschliessend an einem Parteitag auch die JA-Parole für die Abstimmung vom Mai 2000 beschlossen.

Christoph Blocher, am 23. Mai 2000 im Radio DRS zum Referendum von SD und anderen Gruppen: «Der Inhalt der Bilateralen Verträge ist von niemandem ernsthaft bekämpft worden.»

Frühjahr 2000: Der heutige SVP-Nationalrats-Fraktionschef Caspar Baader (BL) stellte im Nationalrat namens der SVP den Antrag, **die Parlamentarische Initiative «Das Tier ist keine Sache» abzulehnen. Der Nationalrat folgte diesem tierfeindlichen Antrag.**

Einbürgerungen: Im «Tages-Anzeiger» vom 24. Mai 2000 lesen wir: **«Christoph Blocher ist, wie auf seiner Homepage zu lesen ist, klar gegen Volksabstimmungen über Einbürgerungen.»** Das heisst nichts anderes, als dass Herr Blocher dieses Instrument zur Bremsung der Einbürgerungen ablehnt.

Oktober 2000. Unmittelbar nach den Basler Grossratswahlen wird bekannt, dass der **neugewählte SVP-Grossrat Werner Muster wegen obszönen Briefen und Angriffen auf die sexuelle Integrität rechtskräftig verurteilt wurde**. Einem SD-Antrag auf Ausschluss Musters aus dem Grossen Rat wird nicht stattgegeben. Der fehlbare SVP-Grossrat sitzt noch heute im Parlament, hat noch nie an Debatten teilgenommen und bezieht weiterhin seine Diäten.

1999 – 2002: Es gibt auch **Abzockerverwaltungsräte (z. B. NR Brigitte Gadiant – VR-Beirätin CS/ SVP-Verwaltungsräte der sogenannten «Swiss-Dairy-Food»/ ehemaliger Blocher- und SVP-Freund Martin Ebner/ usw.) und dubiose Treuhänder, die aus der SVP stammen (ex AG-Grossrat Hans-Ruedi Koller – Treuhänder/ ex ZH-Kantonsrat/ Gemeinderat Werner Furrer usw.)**. Sie verdienen sich als Verwaltungsräte und als Verwaltungsratsbeiräte auf unsere Kosten eine goldene Nase bei grossen und mittleren Firmen, oder sie sind, wie die ex-Parlamentarier, wegen Delikten angeklagt.

«Weltwoche», 22. Februar 2001: Der Waadtländer **SVP-Nationalrat Jean Fattebert, Vizepräsident der SVP Schweiz, verlangt mehr billige Saisoniers** und Kurzaufenthalter aus dem Osten.

«Basellandschaftliche Zeitung», 23. April 2001: «Die SVP will geringere CO₂-Reduktion.» Die SVP behauptet, dass diese Senkung der Umweltverschmutzung von der Wirtschaft nicht bezahlt werden könne. **Die vielen Kleinkinder, welche unter der relativ schlechten Luftqualität leiden, danken der SVP.**

Schwarzarbeiter bei SVP-Politiker: Im «Blick» vom 9. Juni 2001 lesen wir: «Gestern gab der Waadtländer **SVP-Politiker Jean Fattebert (59)** im Westschweizer Fernsehen zu, vier polnische **Schwarzarbeiter beschäftigt** zu haben. Zwischen 12 und 14 Franken habe ihr Stundenlohn betragen.» – Ausländerausbeutung, Sklaverei!

August 2001: Im «Tages-Anzeiger» vom 4. August 2001 lesen wir: «Letzten Winter hatte das Richteramt Dorneck einen Treuhänder und **SVP-Kantonsratskandidaten aus dem Schwarzbubenland wegen Veruntreuung zu einer bedingten Gefängnisstrafe und einem Schadenersatz von Fr. 34'000.– verurteilt.**»

12. Oktober 2001: in «20 minuten» lesen wir: **«Einen Monat vor den Regierungsratswahlen im Kanton Fribourg gibt der SVP-Kandidat Romain Barras auf. Er hat anonym verleumderische Briefe verschickt.»**

Oktober 2001: Gespaltene SVP, im Nationalrat stimmen **8 SVP-Nationalräte für den UNO-Beitritt**. Auch SVP-Bundesrat Samuel Schmid ist für den UNO-Beitritt. Die SD kämpfen geschlossen dagegen.

Oktober 2001: Die Regierenden haben mehrere Milliarden Franken beschlossen, um die neue Swiss-Fluglinie zu retten. Auch wenn man gegen diese Zahlung ist, darf man sich eine Aussage, wie sie **Christoph Blocher gemacht hat, nicht leisten («Tages-Anzeiger», 25. Oktober 2001) zur neuen Swiss: «Und wie ich das hoffe. Ich wäre froh, wenn sie scheitert.» Das heisst nichts anderes, als dass er dabei auch in Kauf nimmt, dass Milliarden von Steuergeldern bachab gehen.**

Ende 2001 **äussert sich die SVP offiziell zum Schächtverbot und ist für deren Aufhebung**. Die SD

kämpfen gegen die Aufhebung des Schächtverbotes.

5. Dezember 2001: **SD-Nationalrat Bernhard Hess kämpft im Parlament gegen die Aufweichung der Lex Friedrich (Landverkäufe an Ausländer). Die SVP stimmt der Gesetzeslockerung aber zu** und will damit den Verkauf von Immobilien an Personen im Ausland fördern.

18. Dezember 2001: Der Aargauer Grosse Rat lehnt die **SD-Volksinitiative «Einbürgerungen von Ausländern an die Urne»** deutlich ab. Nicht einmal die SVP, welche sich bekanntlich vor den Wahlen mit einer restriktiven Einbürgerungspolitik brüstet und damit auf Stimmenfang geht, hat sich geschlossen hinter die Initiative gestellt.

Januar 2002: Zur Überfremdung – Die «Basler Zeitung» schreibt über **Bernhard Madörin, einen prominenten SVP-Parteivertreter**: «Dazu meint Bernhard Madörin, dass fremd sei, wer sich fremd fühle. Seiner Partei ginge es vor allem darum, dass das Verhältnis im Inland ausgewogen sei. Madörin räumte aber ein, dass in Basel die Situation ganz in Ordnung sei, selbst wenn der Ausländeranteil im Ballungsgebiet der Stadt mit 28 Prozent gar noch etwas höher als der Schweizer Durchschnitt liege.» Mit andern Worten stört sich Madörin überhaupt nicht an den zu vielen Ausländern in Basel! – Demgegenüber kämpfen die SD geschlossen und mit Überzeugung gegen die Einwanderung und Überfremdung.

April 2002: **Der Kassier der SVP des Amtes Bern hat im Laufe der Jahre Fr. 110'000.– aus der Parteikasse entwendet.**

Mai 2002: **Die SVP veröffentlicht neue politische Thesen. Zitat «Tages-Anzeiger», vom 29. Mai 2002: «Mehr Ausländer, nicht mehr Kinderkrippen brauche die Wirtschaft.»** Wo Arbeitskräfte fehlen, sollen Ausländer geholt werden. Wörtlich schreibt die SVP: «Dem Problem des Arbeitsmarktes ist nicht durch staatliche Kinderbetreuung beizukommen. Vielmehr ist Arbeitskräftemangel durch eine auf die jeweiligen Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtete Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland zu beheben.» Im Klartext will also die SVP mehr Einwanderung – dazu sagen die SD nein!

2001/2002: **Die SVP wendet sich mehrmals gegen die Expo.02. Sie verweigert Zusatzkredite und kämpft an vorderster Front dage-**

gen. Trotzdem besuchen nach der Eröffnung Christoph Blocher und Ueli Maurer medienwirksam die Expo.02 und rühmen die Ausstellung. Hüst und Hott einmal mehr – keine Linie ...

Mitte 2002: Die sich sonst immer so rentnerfreundlich gebende SVP bei der AHV-Revision für AHV-Rentenkürzungen – gegen den Mittelstand und die «kleinen Leute». Und was ganz unter den Tisch gewischt wird: Vor einigen Jahren hat vor allem die SVP (aber auch die FDP) mit ihren Anträgen bewirkt, dass die Anlagepolitik/Anlageformen der AHV ausgeweitet werden konnte. **«Dank» diesen SVP-Bemühungen hat die AHV in den letzten Jahren vermehrt in Aktien und Fonds investieren können. Das Resultat: Milliardenverluste!**

September 2002: **Die SVP wehrt sich als einzige Partei gegen die Verschärfung des Kartellgesetzes. Hätte sich die SVP durchgesetzt, wäre es künftig nicht möglich, dass sich unsere Preise Schritt für Schritt an diejenigen der umliegenden Länder, also nach unten angleichen.** Offensichtlich waren «geschäftlimacherische» Gründe für das Verhalten der SVP massgebend. Sie wollen weiterhin die grossen Gewinne auf Kosten und mit den Leuten machen – Abzockermentalität! Vermutlich muss die SVP auf die Grossindustriellen in ihren Reihen Rücksicht nehmen.

Oktober 2002: **Der Zürcher SVP-Kantons- und Gemeinderat Werner Furrer tritt von seinen Ämtern zurück. Gegen den Mann läuft ein Strafverfahren wegen Geldwäscherei und mangelnder Sorgfalt bei Finanzgeschäften.** Zweimal wurde derselbe Mann auch in angetrunkenem Zustand erwischt. Er wollte sich der Strafe entziehen (Immunität), indem er angab, Honorarkonsul von Polen zu sein. Dies war er effektiv zu jenem Zeitpunkt, aber ein Konsul hat keine Immunität!

November 2002: **An der SVP-Delegiertenversammlung trägt der Walliser SVP-Grossrat Oskar Freysinger ein niveauloses sexistisches Gedicht, unter der Gürtellinie, vor.** Darin werden politische Gegner der SVP arg beleidigt. Freysinger ist deswegen inzwischen von all seinen Ämtern zurückgetreten.

18. Dezember 2002: **In der «BaZ» lesen wir zur SVP Aargau: «Ein Ex-Parlamentspräsident nimmt als Gemeindefreier Geld an, ein Oberrichter erschwert die Abklärung seiner mutmasslichen Nebengeschäfte. Beide sind Mit-**

glied der SVP.» Der SVP-Grossrat Reinhard Gloor trat wegen Korruptionsverdacht per sofort aus dem Parlament aus. Es wird laut Medien Bestechung vermutet. – Nachtrag, «Tages Anzeiger» vom 19. Juni 2003: «Der frühere Aargauer Grossratspräsident Reinhard Gloor (SVP) muss damit rechnen, dass er vor Gericht gestellt wird. **Der Gemeindefreier von Birsoll im Zusammenhang mit einer Kiesabbaubewilligung 1997 von der ABB Immobilien AG widerrechtlich 150'000 Franken als nachträgliche Anerkennung erhalten haben.** Das kantonale Untersuchungsamt beantragt nun der Staatsanwaltschaft, gegen Gloor Anklage zu erheben.»

Februar 2003: **Der Tessiner SVP-Grossrat Roger Etter schießt unter dubiosen Umständen einen Kollegen an.** Am 16. April 2003 wird von der Staatsanwaltschaft Tessin bekannt gegeben, dass er verdächtigt wird, vom Konto eines Bekannten drei Millionen Franken Bargeld entwendet zu haben. Der Vorwurf lautet auf Unterschlagung, ungetreue Geschäftsführung und Mordversuch.

März 2003: **Viele SVP-Bundesparlamentarier, die ein gutes Einkommen haben, beziehen vom Bund überdurchschnittliche Agrarsubventionen,** obwohl die SVP immer wieder gegen Subventionitis wettet. In der Agrardebatte kämpfen sie für diese fetten Pfründe.

Anfang April 2003 beschliesst die SVP-Delegiertenversammlung die **JA-Parole zur neuen Armee 21,** gegen die konservative Kreise das Referendum ergriffen haben. **Die SVP unterstützt damit eine schrittweise Annäherung an die NATO und im Grunde genommen auch die stillschweigende Abkehr von der allgemeinen Wehrpflicht.** Auch SVP-Bundesrat Samuel Schmid ist auf dieser internationalistischen Linie. – Die SD bekämpfen demgegenüber diese Vorlage und sammeln auch Unterschriften dagegen.

Landrat BL, 10. April 2003: **Die SVP kämpft bei Wahlen lauthals gegen neue oder höhere Gebühren. Im Landrat hat sie aber einer neuen Kehrrecht-Grundgebühr zugestimmt.** Diese Gebühr verteuert die Abfallbeseitigung und ist erst noch eine Abkehr von der bewährten verursachergerechten Abfallgebühr. Die SD stimmte gegen diese neue Grundgebühr.

Mai 2003: Die SVP machte mehrfach Bücklinge vor der aggressiven weltbeherrschenden Grossmacht

USA. **Zitat SVP-Nationalrat und Ideologe Christoph Mörgeli: «... dass konsequenterweise heute den USA als einzig verbliebener Supermacht eben auch formal eine herausragende Position in der Weltgemeinschaft zugebilligt werden müsste.»** ... «Heute gilt wieder der Grundsatz: Macht geht vor Recht.»

Frühsommer 2003 – AHV-Diskussionen in der Öffentlichkeit: Die SVP sei gegen das Rentenalter 67, haben Christoph Blocher, Toni Bortoluzzi, Ueli Maurer und andere SVP-Politiker mehrmals lautstark herausposaunt. Sie scheinen vor den Nationalrats- und Ständeratswahlen 2003 gerne «vergessen» zu wollen, **dass die SVP an einem Parteitag im März 2000 in Altdorf offiziell gefordert hat,** dass für die Zeit nach 2010 das Rentenalter auf 68 Jahre zu erhöhen sei. Und eine so wankelmütige Partei gibt vor, sich für die «kleinen Leute» und die AHV-Rentnerinnen und -Rentner einzusetzen.

3. August 2003, in der «Sonntags-Zeitung» lesen wir: **«Ein Ex-SVP-Nationalrat erhält neuen Chefposten im VBS-Generalsekretariat – gegen den Widerstand vieler Mitarbeiter.»** Ein neugeschaffenes «Schadenzentrum» soll sich künftig um sämtliche Unfall- und Landschäden kümmern. «Auf den Chefposten gehiebt hat das VBS Heinz Schwab, einen Parteifreund von Bundesrat Samuel Schmid aus der Berner SVP. Er soll per Anfang 2004 in einem neu möblierten Büro an der Berner Effingerstrasse seinen Job antreten – der mit jährlich rund 145'000 Franken dotiert ist. Der Entscheid ist VBS-intern höchst umstritten.» ... «Für den neuen Chefposten war Schwab nicht automatisch vorgesehen. Das VBS schrieb die Stelle aus, es gingen zahlreiche Bewerbungen von externen und internen Kandidaten ein. Trotz fehlender juristischer Ausbildung erhielt Schwab den Zuschlag.» **Dies passt zur fragwürdigen «Tradition» der Berner SVP, Parteifreunde im Staatsdienst lukrativ unterzubringen.**

Obige Auflistung erhebt nicht den Anspruch, vollständig zu sein. Aber es ist ein wahrheitsgetreuer Rapport von fragwürdigen SVP-Vorkommnissen und Entscheidungen. Weitere Einträge sind bitte den SD mitzuteilen. Wir schliessen daraus: Gegenüber dieser SVP müssen sich die SD konsequent abgrenzen. Wählen Sie am 19. Oktober 2003 die Schweizer Demokraten in den Nationalrat!



Kanton Aargau



Freude an der Schweiz!

Aus Freude an der Schweiz! Unter diesem Titel haben die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau den Nationalratswahlkampf eröffnet. Die Zeit ist nach Auffassung der SD Aargau reif, sich bedingungslos hinter die Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer zu setzen.

Die SD Aargau erachten sich als die wahre parlamentarische Opposition, denn die Politik der Regierungsparteien, welche gleichzeitig Oppositionspolitik betreiben, ist unglaublich und ein Affront gegenüber dem Stimmvolk. Eine solche Politik missbilligen die SD, denn sie ist erstrangig nur auf Stimmenfang ausgerichtet. Diese Tatsache wird nach Erachten der SD dadurch erhärtet, weil die Regierungsparteien alle vier Jahre die Öffentlichkeit mit Wahlversprechen betören, welche sich später als Seifenblasen entpuppen. Die Regierungsparteien, welche permanent in der Opposition stehen, hätten es nach Meinung der SD

Fortsetzung Seite 9

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstr. 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Informationen: www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 29. Oktober, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden. 9. November: Besichtigung NEAT-Baustelle, 10.30 bis 13.15 Uhr (Sedrun/GR). Treffpunkt: 7.50 Uhr Bahnhof Chur.
Ob-/Nidwalden 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Es wird eng im Nest

Es nützt nichts, nur immer auf den Asylanten herumzuhacken. Das Asylwesen ist zwar ein grosses Ärgernis. Die Asylanten machen aber von der ganzen Überfremdung mit 1,5 Mio. Ausländern keine 10 Prozent aus. Das Hauptproblem ist der fortdauernde Import ausländischer Arbeitskräfte. Sie alle ziehen ihre ganze Grossfamilie in die Schweiz nach. Letztlich spielt es keine Rolle, ob die Einwanderer als Arbeiter, als Asylanten, als Ehepartner, Adoptivkinder, Illegale oder was auch immer kommen. Das Resultat ist immer dasselbe: Übervölkerung und Überfremdung. Erst wenn Täler, Wald und Hügel bis zum letzten Rasenziegel betonierte und umgegraben, wird der Geldmensch Ruhe haben. Erst wenns Kuckucksei zerbrochen und der Kuckuck ausgekrochen ja – dann wirds sehr bald im Nest ungemütlich für den Rest. Erst wenn hier pro Quadratfuss mal ein «Schweizer» leben muss, merkt sogar der dümmste Grind, dass wir **übervölkert** sind. Die SVP hat noch nie eine SD-Initiative gegen die Überfremdung unterstützt. Kein Wunder, denn viele SVP-Unternehmer verdienen sich an den Ausländern einen goldenen Daumen... Darum gibt es nur eines: Die Schweizer Demokraten müssen stärker werden!

*Christoph Spiess, Zürich,
e. Gemeinderat*

Fortsetzung von Seite 8

schon lange in der Hand oder im Kopf gehabt, zugunsten des Schweizervolkes politische Veränderungen in die Wege zu leiten. Einer solchen doppeldeutigen Politik, vor allem der bürgerlichen

Regierungsparteien, erteilen die SD Aargau eine klare Absage, denn für die Politikverdrossenheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger machen die SD Aargau die Regierungsparteien verantwortlich. *SD Kantonalsektion Aargau René Kunz, Präsident*

SD-Beschwerde gegen Einbürgerungen in Baden

Am 2. September 2003 wurden im Einwohnerrat Baden neun Einbürgerungsgesuche mit 24 Personen behandelt. Wieder erfolgten diese Einbürgerungen nicht nach den Vorgaben des Regierungsrats. Im Kreisschreiben vom 30. August 2002 ist allen Aargauer Gemeinden bekannt gemacht worden, dass Einbürgerungen in Einwohneratsgemeinden in offener Abstimmung zu erfolgen haben. Gleichzeitig wurden die Gemeinden angewiesen, dass über Anträge auf geheime Abstimmung über jede Einbürgerung einzeln abzustimmen ist. Eine Pauschalabstimmung über alle Einbürgerungen wurde nicht gestattet. Diese Weisungen wurden in einem weiteren Kreisschreiben vom 15. August 2003 explizit wiederholt. Trotzdem wurde im Einwohnerrat Baden die Weisung über Einzelabstimmung

betreffend geheime Abstimmungen nie befolgt. Diesmal – nach der zweiten Aufforderung des Regierungsrats – erklärte der SD-Einwohnerrat D. Najman, dass die Schweizer Demokraten den Beschwerdeweg beschreiten würden, falls die Entscheide über geheime Abstimmung wieder für alle Einbürgerungen gemeinsam erfolgen würden. Najman erklärte dem Einwohnerrat auch klipp und klar, dass dadurch die Einbürgerungen über Monate bis Jahre blockiert wären. Der Einwohnerrat Baden blieb aber stur. Deshalb haben die Schweizer Demokraten eine Gemeindebeschwerde an das Departement des Innern gerichtet und beantragt, dass die Einbürgerungen vom 2. September für ungültig erklärt werden sollen.

Dr. D. Najman, SD-Einwohnerrat, Baden

Allmendboden. Bei einem rentablen Betrieb des Kinogeschäftes erhielte der Kanton jährlich gut 500'000 Franken Baurechtszins. Bei einem schlechten Geschäftsgang hätte der Kanton aber auf Einnahmen zu verzichten und müsste gar einen Totalverlust in Kauf nehmen.

Dies heisst im Klartext: Staatliche Unterstützung privater Bauvorhaben, und das Risiko trägt der Kanton (sprich Allgemeinheit). So nicht!

Betreffend der Tatsache, dass der Bauklotz aus verkehrstechnischen Gründen am falschen Ort stünde, muss kaum noch ein Argument angefügt werden.

Das Referendumskomitee, dem neben Schweizer Demokraten die Grünen, Pro Natura Basel, Ökostadt Basel, Quartierverein «Läbe in der Innerstadt» und zahlreiche Einzelpersonen angehören, sammelte innert weniger Wochen in der heissen Sommer-Ferienzeit über 5000 Unterschriften. Dies darf bestimmt als gutes Omen für die kommende Volksabstimmung betrachtet werden!

Allen Beteiligten besten Dank für das «schöne» Ergebnis! Das Komitee bereitet nun den Abstimmungskampf vor. Widerstand wird belohnt! Wir melden uns wieder.

Markus Borner, Grossrat, Basel

Kanton Basel-Land

SD gegen neue Abfallgebühr

Die Schweizer Demokraten (SD) haben für die kantonalen Abstimmungen vom 19. Oktober 2003 folgende Parolen beschlossen: Nein zur Einführung einer kantonalen Grundgebühr in der kommunalen Abfallbewirtschaftung (Änderung des Umweltschutzgesetzes). Ja zur

Wohneigentumsförderungs-Initiative und Ja zur Wohnkosten-Gleichbehandlungs-Initiative. Ja zur Änderung des Gesetzes betreffend die Strafprozessordnung.

Schweizer Demokraten Baselland (SD)

Kanton Bern

Garantiert keine Verwaltungsratsmandate



René Liechti, a. Stadt-/Grossrat, Isenfluh

Die Schweizer Demokraten Berner Oberland haben zum Nationalrats-Wahlauftakt folgende Schwergewichte gesetzt:

Unsere Kandidaten werden bei einer Wahl **nie** ein Verwaltungsmandat annehmen. Das steht in den Statuten der Schweizer Demokraten. Sonst sind sie die Diener verschiedener Herren und vergessen nach der Wahl, wie fast alle andern, das Wählervolk.

EU, NATO und Bilaterale II lehnen wir konsequent ab. Ebenfalls die von Bundesrätin Metzler eingeleitete Waffenregistrierung (sprich Entwaffnung des Schweizervolkes). Wir lieben unser Land und Volk und werden es nie fremden Herr-

schern überlassen.

Es braucht **dringend** eine schärfere und konsequente **Asyl-, Drogen- und Kriminalpolitik**. Eine Ordnungspolitik zum Schutz der Bevölkerung und mit wirksamer Bestrafung der Täter. Der Psychoschwindel mit Ferien und Hotelbetrieb in Gefängnissen und Strafanstalten muss aufgehoben werden.

Die AHV ist für die Rentnerinnen und Rentner ab dem 65. Altersjahr. Dank Vorstössen von SVP und unter Mithilfe der andern grossen Parteien wurden 4 Milliarden AHV-Gelder im Aktienmarkt und an der Börse verspielt. Nun will die SVP das Rentenalter auf 68 und die andern auf 67 Jahre setzen. Ebenfalls den Einzahlenden wurden die Zahlungen erhöht. Da helfen wir Schweizer Demokraten nicht mit. Wir wollen das im Ausland deponierte Gold – die Goldreserven gehören dem Schweizervolk – in der AHV sehen.

Fortsetzung Seite 10

Kanton Basel-Stadt

Erfolgreiches Referendum gegen das Multiplexkino an der Heuwaage in Basel!

Trotz Sommerferien gelang es einem aus mehreren Organisationen und Einzelpersonen zusammengesetzten Komitee in wenigen Wochen – statt der nötigen 2000 Unterschriften gar deren 5023! – bei der Basler Staatskanzlei einzureichen. Jetzt hat der Souverän das letzte Wort. Am 16. November, dem vorgesehenen Datum für den zweiten Durchgang bei der Basler Ständeratswahl, wird das Volk, wie wir überzeugt sind, diese wirklich fragwürdige Vorlage bach-ab schicken!

Der Grosse Rat stimmte an seiner sogenannten Bündeltagssitzung (vor den Sommerferien) dem 13,6-Mio.-Franken-Kredit für die Ermöglichung eines Multiplexkinos (mit 2300 Plätzen in 11 Sälen!)

an der Heuwaage zu. 12 Mio. Franken würden allein für die Verlegung der noch intakten Tramschleife und die Änderung der Verkehrsinfrastruktur verwendet.

Fast geschlossen unterstützten im Grossen Rat (64 gegen 42 Stimmen) die bürgerlichen Parteivertreter, sowie grossmehrheitlich auch die Sozialdemokraten, dieses von Kinobetreibern geplante Projekt, welches etwa 35 Mio. Franken Investitionen auslösen sollte. Den Bürgerlichen ging es mit ihrem Ja vorab um die wirtschaftliche Belebung durch das Bauvorhaben. Ohne das Projekt kritisch zu hinterfragen (wie etwa bei andern Gelegenheiten), stimmten die Befürworter zu. Das Multiplexkino stünde – nebenbei bemerkt – auf

Garantiert keine Verwaltungsratsmandate

Fortsetzung von Seite 9

Die IV ist für Invalide und nicht für drogensüchtige und Arbeitslose.

Die Gesundheitspolitik ist durch die Linken und die sogenannten bürgerlichen Helfer dermassen erkrankt, das eine Heilung nur noch mit einer Rosskur möglich ist. Die Krankenkassenprämien sind für die kranken Menschen und nicht für andere Kässelis bestimmt.

Die Bildungspolitik wird nicht nur mit schönen Schulhäusern gemacht, sondern muss unseren Kindern dienen und nicht nur den

Ausbildnern und Institutionen.

Die Gewerbebetriebe und die Landwirtschaft ersticken im Verwaltungsaufwand, trotz den so guten KMU-Vertretern in den Räten. Die Staatseinmischung durch Vorschriften und Abgaben macht auch bei den Familien nicht halt.

Nur ein gesunder und starker Mittelstand garantiert Wohlstand für alle. Unser Land und Volk braucht dringend Volksvertreter und nicht Lobbyisten und Verwaltungsräte.

Am 18./19. Oktober 2003 haben Sie es als Bürgerin und Bürger in der Hand, Ihre wirkliche Vertretung im Nationalrat zu wählen.

Resignation und Misstrauen dominieren! Längst angemahnte Entwicklungen, im Asyl- und Ausländerbereich, der Landwirtschaft, der Milliardenverschuldung, den missbrauchten, bankrotten Sozialwerken und einer unsinnigen Aussenpolitik, werden täglich von bedenklichen Realitäten übertroffen. Viele wenden sich ab, wollen von Politik nichts mehr wissen, doch damit wird alles nur noch schlimmer!

Mit falschem «Wachstum» totaler Abbau unserer Wirtschaft!

Selbst Akademiker predigen «das Wachstum» als Motor – Sie meinen damit eine konstante, jährliche Einwanderung von ca. 40'000 bis 60'000 Personen aus aller Welt. Man könne dann bauen und wieder investieren, meinen sie. Dass diese Art «Wachstum» ein totaler Selbstbetrug ist, sagen nur wir Schweizer Demokraten! Warum? **Unser Boden ist beschränkt, er wird so immer teurer!** Aber auch die Aufwendungen für den Umweltschutz *müssen so immer rigoroser werden*. Ebenso die Massnahmen zum Schutz vor Lärm, Abgasen und anderen Immissionen. **Das Leben wird also täglich und mit jedem Einwanderer teurer und zwar ohne einen Rappen Lohnerhöhung! d.h. selbst vor zehn Jahren noch gut rentierende Produktionslinien müssen ausgelagert werden, die Produktion in der Schweiz wird zu teuer!**

Unsere Arbeitsplätze werden planmässig zerstört!

Wir haben hunderttausende Arbeitslose. Ausgesteuerte und Sozialfälle aus allen Ländern der Erde und trotzdem eine gewaltige Einwanderung. Bei dieser Einwanderung geht es nicht um dringend benötigte Fachleute, oh nein! Heute **werden vorwiegend Hilfskräfte hereingeholt, die billiger arbeiten.** Und trotzdem wird unsere Produktion teurer! (siehe oben) Sollen mit der EU-Osterweiterung weitere Billigt-Arbeitskräfte hereingeholt werden? Hochqualifizierte Polen haben in ihrem Lande bestenfalls einen Lohn von umgerechnet 200 Franken. Diese Leute kommen gerne in unser Land und arbeiten hier für Fr. 3000.-/Monat, *während unsere Betriebe bisherige, teurere Angestellte «auf die Strasse» stellen und den defizitären Arbeitslosenkassen überlassen.* Sobald die «Billigarbeiter» ihre Familien nachkommen lassen, realisieren sie, dass 3000 Franken nicht reichen. Aber auch die Arbeitslosengelder der vorher Entlassenen reichen nicht. Die ganze Entwicklung ist faul, ein wirtschaftlicher Selbstmord!

Soziale Sicherheit schrittweise leer geplündert!

Billigarbeiter müssen also bald einmal auf die Sozialämter. Sie verlangen Unterstützung der Gemeinden, weil ihr Gehalt nicht reiche. Diese Leute zahlen oft auch wenig oder gar keine Steuern und die Steuererträge schwinden. *Letztlich muss aber auch der arbeitslose, entlassene Schweizer den Weg zum Sozialamt gehen, weil sein Arbeitslosengeld kaum zum Leben reicht. Von der unseligen Öffnerie profitieren also nur ganz wenige «Grosse», ihr «Erfolgsrezept» heisst möglichst niedere Löhne.* Diese Nutzniesser wissen auch sehr genau, wie sie Millionen am Steueramt vorbei jonglieren können! Die propagierte Öffnerie ist auch zum Schaden des Landes und die soziale Sicherheit wird schrittweise vernichtet.

Unsere Landwirtschaft wird als erster Berufszweig geopfert!

Die Landwirtschaft in der Schweiz kann nicht so billig produzieren; da sind die hohen Bodenpreise, Löhne, Auflagen und Vorschriften für Tierhaltung, Tierschutz, Naturschutz, Gewässerschutz etc. zu erfüllen, von denen z.B. Ungarn noch nie gehört hat. Ein Landarbeiter im Osten der EU verdient vielleicht 80 Fr./Monat! Bei der Abstimmung «Bilaterale Verträge» meinten Landwirtschaftsvertreter, wir müssten uns öffnen, dann hätten wir einen grossen Markt. Es war vorhersehbar, dass die Bauern Verlierer sein werden; doch wo sind jetzt jene Prediger und wo die «grossen Chancen»?

Jetzt meinen die gleichen Bauernvertreter, wir müssten eben wachsen (Strukturwandel), aber dreiviertel der Bauern haben kein Geld für diesen Schritt; es droht ihnen das existenzielle Aus! Man muss also annehmen, dass diese verheerenden Zustände auch von den wissenden Bauernvertretern bewusst herbeigeführt werden. Wenn offene Märkte kommen sollen, ist dies ein absoluter Schwachsinn, verbunden mit Transportgigantismus. Von diesen Machenschaften profitieren wenige Mächtige; aber die gewaltige Umweltbelastung müsste doch die Grünen mobilisieren. Erfahrungen in der EU zeigen, dass der Bauer immer mehr zum Knecht wird. Betreute er vielleicht vor kurzem noch 25 Kühe, muss sehr bald auf 50 Stück erhöht werden, alles automatisch laufen; von anderen, auch gesundheitlichen Konsequenzen für den total gestressten Landwirt gar nicht zu reden.

Fortsetzung Seite 11



Kanton Zürich

Bevölkerungsentwicklung

Das Statistische Amt der Stadt Zürich gab die Bevölkerungszahl bekannt. Die Einwohnerzahl der Stadt Zürich stieg innerhalb eines Jahres um 1799 Personen. Dies wäre ja noch nichts Aussergewöhnliches. Es heisst jedoch, dass die schweizerische Wohnbevölkerung um 218 Personen ab, die ausländische hingegen um 2017 Personen zugenommen hat.

Die Schweizer Demokraten kämpfen als einzige Partei seit über 40 Jahren gegen die Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz.

Dies ist ein weiteres Argument für den Stimmbürger, an den kommenden Nationalratswahlen die SD-Liste einzulegen.

Kurt Keller, Lichtensteig



Kanton Thurgau

Land und Volk für dumm verkauft!

«Abstimmen hilft wenig – die machen doch, was sie wollen! Nur die Wahl von tüchtigen, zuverlässigen Volksvertretern der Opposition kann die Lage zu Gunsten unseres Landes noch ändern...»

Die Oppositionspartei Schweizer Demokraten bittet das Volk eindringlich, einmal über den eigenen Schatten zu springen und einer Oppositionspartei die Stimme zu geben!

Seit Jahren kämpfen wir als Opposition gegen volks- und verfassungswidrige Machenschaften der regierenden Parteien und ihrer «Volks»-Vertreter. Zu allen politischen Fragen müsste das Volk zu dem nicht nur die Meinungen der Regierenden erfahren. Auch Oppositionsparteien müssten die Bürger mit gleich langen Spiessen zu allen anstehenden Sachfragen breit informieren können – müssten!

Unsere Demokratie wird planmässig reduziert!

Die jahrelange Fehlentwicklung kann nur gestoppt werden, wenn

die Opposition im Herbst gewählt wird! Sie will selbstlos dem ganzen Lande dienen! Sie verlangt, dass unsere Grenzen wieder bewacht und kontrolliert werden. Sie liebt unser Land und kämpft gegen miserable Entwicklungen. Wir werden täglich mehr entrechtet, Volksentscheide werden mit Füßen getreten. Alles wird diktiert, obwohl den Regierungsparteien die Probleme über die Köpfe wachsen und nichts gelöst ist. Da werden in einem Jahr über 30'000 eingebürgert; aber Ausländerzahlen schwinden nicht ebenfalls um 30'000! Im Gegenteil, diese Zahlen steigen ohne Ende... Inzwischen sind auch über 400'000 Moslems eingewandert und verlangen «ihre Rechte», obwohl in Afrika, Asien und Arabien verfolgt und getötet werden. Breite

Gewalt und brutaler Terror zerstören Gemeinschaft!

Einer unserer fähigsten Jungen Schweizer Demokraten wurde vor drei Jahren am Seenachtsfest Kreuzlingen von einer Horde Ausländer derart zusammengeschlagen, dass wochenlange Intensivstation und viel Glück fürs Überleben nötig waren. Bis heute ist der junge Mann aber nicht mehr arbeitsfähig. Bis heute ist er Tag für Tag in einer ärztlich geführten Therapiestation Patient. Aber niemand wurde bis heute von der Polizei oder den Gerichten belangt. 2001 wurden in der Schweiz 947 Jugendliche wegen Gewaltdelikten verurteilt. Knapp 58 Prozent von ihnen stammen aus dem Ausland. Bestimmt sind die Zahlen um einige Prozente höher, aber Gewalt, Drohungen, Belästigungen und Ängste hemmen die Betroffenen, Anklage zu erheben. Offensichtlich geht die Strategie der Ausländergruppe auch im Falle des Jungen Schweizer Demokraten voll auf und immer mehr Menschen fühlen die Ohnmacht, Angst und Terror; sie wagen nicht mehr, ihre demokratischen Freiheiten wahrzunehmen und zu reden.

Unsere Jugend wird planmässig zerstört!

Warum werden Drogen, Alkohol, Sex und Homosexualität immer mehr gefördert und bagatellisiert? Warum wollen selbst CVP-ler eine Drogenfreigabe? Ist der Sittenzerfall heute nicht nur der «linke» Hebel, um eine ungeliebte Gesellschaft in ihrem Sinne zu zerstören? Dazu kommen die Klagen vieler Lehrer und Schüler, denn zahlreiche ausländische Jugendliche stören nicht nur den Schulbetrieb, viele bedrohen auch Lehrkräfte. Ingeheim geben nicht wenige Lehrer zu, dass sie auf Drohungen hin bessere Noten ausstellen, als sie effektiv müssten und weil sie oft alleine dastehen... Schweizer Schüler klagen über schlechte Lernerfolge und oft desinteressierte ausländische Schüler.

Und wie steht es mit der Freiheit der Schweizer Jugend bei Tanz- und Unterhaltungsanlässen, bei gesellschaftlichen Veranstaltungen und überall im öffentlichen Leben? Sind die Klagen über Druck- und Bedrohungsversuche von Ausländergruppen alles nur Einbildungen? Sind Ängste nur Einbildung, ja rassistische Gefühle gegen Ausländer? Sind das alles nur fremdenfeindliche Halluzinationen? Oder wird unsere Jugend auch seelisch zerstört und mutlos gemacht?

Unsere Rechte werden planmässig zerstört!

Schweizer Demokraten haben kein Verständnis für SP-Bundesrat Leuenberger und andere Politiker! Warum wird in Sachfragen nicht endlich Klartext geredet? Tausende von deutschen Grenzgängern und Angestellten arbeiten bei SWISS, auf dem Flughafen oder überhaupt im nördlichen Teil der Schweiz von Basel bis Bregenz. FDP-Regierungsrat Hermann Lei hat acht Schnellzugspaare Konstanz-Zürich-Konstanz eingeführt, um billiger arbeitende Deutsche ins Land zu holen! Wohlverstanden, während in der Schweiz Hunderttausende auf der Strasse stehen und auf Arbeit hoffen. Gleichzeitig wurden auch ganze Heere von Asylsuchenden, Kurzaufenthaltern, Papierlosen und Einwanderern aus aller Welt in unserem Lande begrüsst! Warum also nicht endlich Klartext reden mit unseren deutschen Nachbarn, eigene Bürger sollten doch Vorrang haben, das ist weltweit normal. Aber auch die deutschen Klagen zum Fluglärm sind zu relativieren. Viele fragen: Warum vertreten Regierungsparteien unsere Interessen so miserabel?

Sozialwerke sind am Ausbluten!

Amtlich haben wir 20 Prozent Ausländer in der Schweiz. Gehen wir in ein Spital, liegen in den Spitalbetten grössere Ausländer-Anteile, von den ausländischen Geburten gar nicht zu reden. Jeder Asylbewerber, jeder Kurzaufenthalter, Papierlose und alle restlichen Einwanderer müssen z.B. von den Krankenkassen aufgenommen werden. Viele kommen als Asylanten, obwohl sie überhaupt nicht verfolgt werden! Hier angekommen, müssen sie von einer Krankenkasse aufgenommen werden. Wie gut, denn so lassen sich alte Leiden auskurieren und operieren, denn die Krankenkasse ist zahlungspflichtig. Gemäss Kassen gibt es aber auch viele Prämien-Ausstände bei den Einwanderern aller Art, andere bringen fragwürdige Arztrechnungen aus ihrer Heimat, die von unseren Kassen bezahlt werden müssen. Derweil steigen KK-Prämien ins Astronomische, Familien und Senioren wissen kaum noch, wie bezahlen. Alle diese Zustände haben wir unseren Regierungsparteien und -politikern zu verdanken und die Kassen schweigen, aus Angst vor dem Rassismus-Artikel.

Das ist doch reiner Rassismus gegen das eigene Volk!

Vor vielen Jahren sind die Krankenkassen – als sie das noch durf-

ten – an die Öffentlichkeit getreten und haben versichert, dass sie jährlich maximal etwa 40'000 neu aufnehmen könnten. Steige die Zahl auf über 40'000 Eintritte, müssten die Prämien angehoben werden. Inzwischen sind die Prämien immer wieder angehoben worden; viele wissen bald nicht mehr, wie sie diese bezahlen sollen. Die Politiker und Medien reden jährlich von etwa 40'000 Einwanderern – doch das ist eine gewaltige Täuschung! Jahr für Jahr kommen etwa 100'000 bis 110'000 Einwanderer in unser Land und 60'000 Fremdarbeiter lassen sich pensionieren und gehen nach Hause (das gibt dann die besagten 40'000...). Zu den 110'000 aber kommen weitere Zehntausende!

Zirka 40'000 Asylbewerber, zehntausende von Kurzaufenthaltern, Saisoniers, Studenten und viele andere Kategorien. Tatsache ist, sie alle müssen von den Krankenkassen aufgenommen werden. Wen wundert's also, dass die KK immer teurer werden! **Diese unsozialen Zustände wollen wir ändern.** Den Betroffenen aber wird die Wahrheit nie gesagt! Uns Schweizer Demokraten werden Maulkörbe verpasst, damit das gebeutelte Volk nicht alles erfahren soll. *Ist das nicht Rassismus gegen das eigene Volk?*

Keine Frauen, aber ein «Herz für die Schweiz!»

Leider werden in erster Linie die Menschen der Opposition in unfairster Art bedrängt, oft rücksichtslos, ja bis zur existenziellen Vernichtung bekämpft! Ist es darum nicht verständlich, wenn auf der SD-Liste 10 keine Frauen sind? Wir haben es abgelehnt, Frauen in die wahlpolitischen Niederungen absteigen zu lassen und wollten diese Tortur keiner Frau zumuten. Dafür präsentiert die Liste erprobte, erfahrene Männer, die für ihre konstruktive, tapfere Oppositionsarbeit viel Lob und Vertrauen im Land erfahren haben.

Dem unwürdigen Theater ein Ende machen!

Wählen Sie die Schweizer Demokraten, wählen Sie fähige Oppositionsgruppen, die den Regierenden den Spiegel vorhalten und die Menschen in unserer «Noch-Demokratie» breit informieren, nicht nur über die Vorteile von Vorlagen der Regierenden, sondern auch über Schattenseiten und Versagenslisten der Verantwortlichen. Das ist der Sinn und Geist einer Demokratie und würde dem Bürger eine Politik in seinem Sinne garantieren. Wählen Sie Liste zehn, sie ist s'Zähni...

Einwanderungsland Schweiz?

Nach Fremdwörterbuch bedeute es kontaktfreudig, gemeinnützig, gerechtigkeitsliebend, sich einordnend. «Sozialismus» dagegen ist nach selbigem Buch «eine Vorstufe des Kommunismus». Letzterer ist in Russland, China, Vietnam, Burma – dort früher einmal oder immer noch «real existierend», völlig gescheitert. Die Zahl geopferter Menschen beträgt ein Mehrfaches des Holocaust. Auch der Nationalsozialismus war eine etwas andere Art Sozialismus, ebenso der Faschismus. Benito Mussolini war in seiner Schweizer Zeit ein militanter Sozialist. Die Ursprünge aller dieser «Erlösungs- und Befreiungslehren» gehen auf die Französische Revolution zurück. Der Gerechtigkeit halber: auch diese ist nicht grundlos ausgebrochen und führte ebenfalls zu furchtbaren Exzessen. Wie bei den Waldbränden ob Leuk, züngeln aus verkohlten Baumstrünken immer wieder neue Feuer und zwingen die Feuerwehr zu Brandwache bei Tag und bei Nacht.

Sozialismus bei uns

Als ich mich, jung an Jahren, bei der Stadt um eine Stelle bewarb,

legte man mir nahe, «der Partei» beizutreten. Ich tat es nicht und hatte das Nachsehen. Darum sind heute viele bei «der Partei». Sie garantiert zudem hohe Löhne für Staats-, Gemeinde- und Lehrpersonal. Sie will ferner «umverteilen», den einen wegnehmen, es andern geben. Ein Teil bleibt im «Apparat» hängen. Sehr «sozial» zeigen sich Sozialisten gegenüber Einwanderern, legalen wie illegalen. Dabei wäre es nur natürlich, dass Familienbande, Volksgemeinschaften, Sprachgruppen zusammenleben, sich schützen, einander helfen. Innerhalb der während Jahrhunderten gewachsenen Grenzen schufen wir uns Gesetze, hat sich ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Mitmensch entwickelt. Doch: Sozialisten wollen «Weltbürger» sein. Die einheimische Bevölkerung soll durch Einwanderer aufgemischt, die sprachliche Einheit aufgebrochen werden. Stolz rühmen sich Gemeinden der Anzahl «Nationen» und Sprachen. Da bat ich kürzlich auf einem stillgelegten Bahnhof zwei ebenfalls auf den

Fortsetzung von Seite 11:

Zug wartende Menschen um Aus-
kunft. Sie verstanden kein Wort.

Sozialistische Ausländerpolitik

Am heutigen Tag – es ist der 29.
August – befragt die AARGAUER
ZEITUNG auch «die Partei» über
ihre Ausländerpolitik. Diese ist – in
wirklich allen Punkten – grund-
verschieden von der eines Normal-
Schweizers. Hier die Antworten:

- mehr Rechte für die Ausländer
- die Schweiz als «typisches Ein-
wanderungsland» solle bei der
Revision des Ausländergesetzes
ihre «schikanöse» Kontingents-
politik nicht fortführen
- es sollen auch weniger qualifi-
zierte Arbeitnehmer von ausser-
halb Europas in der Schweiz be-
schäftigt werden
- die SP sei auch für das passive
und aktive Stimm- und Wahl-
recht für Ausländer
- in der Asylpolitik setze sich die
Partei für eine stärkere Rechts-
stellung aller Flüchtlinge ein.

Es sind selbstmörderische Forde-
rungen. Wir müssen diesen ener-
gisch entgegentreten. Die Schweiz
ist kein Einwanderungsland. Vor
den Hugenotten liess man nur die
wohlhabenden Industriellen sich
hier festsetzen. Die übrigen muss-

ten über Schaffhausen in Richtung
Brandenburg weiterziehen. Die
Bourbaki-Soldaten wurden ge-
pflegt, aufgefüttert und in kürze-
ster Zeit – gegen Erlag der Inter-
nierungskosten – in die Heimat
zurückgeführt. Dennoch: Schwei-
zerinnen und Schweizer haben –
und tun es immer noch – viel Not
gelindert. Asylanten-Missbrauch
ist eine leidige Sache.

Schweizer Auswanderung

Seit Jahrhunderten übervölkert,
waren schon immer Schweizer zur
Auswanderung gezwungen. Die er-
ste – organisierte – war der Zug der
Helvetier im Jahr 58 v. Chr. Nach
der Schlacht bei Bibracte waren sie
genötigt zurückzukehren. Da sind
wir noch heute. Die Auswanderung
aber erfolgt seither einzeln oder in
kleineren Gruppen: früher als
Söldner, Kinder aus Graubünden
als «Schwabengänger» nach Süd-
deutschland, Bauern vom Ober-
rhein als Ansiedler in den schwach
bevölkerten Donaauraum der sei-
nerzeitigen Doppelmonarchie, dann
Armengenosige und Gescheiterte
(General Sutter) nach Nord- und
Südamerika, Tessiner nach Kali-
fornien (zuerst als Melker, dann als
Goldsucher), nach Argentinien
und (ebenfalls nach einem

Goldrausch) nach Australien. Für
den Tessin war es ein lange nach-
wirkender Aderlass. «Schweizer»
(Melker, Käser) zogen nach Ost-
preussen, Berner Landwirte in den
Kaukasus. Ganze Sippschaften aus
dem Puschlav betrieben Zucker-
bäckereien auf der iberischen Halb-
insel, in Italien, Polen, Russland.
Ein Vergleich mit Asylanten zielt
ins Leere und wäre ungerecht. Als
viele von ihnen nach der Russi-
schen Revolution (das war «realer
Sozialismus») ausgeplündert und
geprellt um die Arbeit oft mehrerer
Generationen zurückströmten,
hatten sie oft nichts mehr als ihren
angestammten, im Bürgerregister
verzeichneten altschweizerischen
Namen. In der Heimatgemeinde
war teils kein Platz, sodass sie
gleich westwärts (nach Kanada)
weiterziehen mussten.

Südwärts über die Alpen

Der Anstoss zu Wanderungsbewe-
gungen im Spätmittelalter «ging
vom Aareraum – heutiger Kanton
Bern – aus und verpflanzte Men-
schen in bislang unbewohnte Berg-
täler und Höhen in Italien,
Graubünden, Vorarlberg, ja bis ins
angrenzende Tirol» ¹⁾ Diese Bauern
zogen über das Gries, den Albrun
oder den Monte Moro ins Pomat

(heute Val Formazza) oder in die
Hochtäler südlich des Monte Rosa.
Abgenabelt von der Schweiz, wur-
den ihre Namen zwangsweise
romanisiert. Aus Schuler wurden
Scolari, aus Zinsli Cisli, aus Ender-
lin Anderlini, aus Balmer Balma,
aus Wyss Bianchi (nach Rolf Marti,
Saanen). In Burgdorf lernte ich ei-
nen Rückwanderer namens Prato
kennen, früher wohl Matter. Diese
Auswanderer verloren auch ihr
Bürgerrecht und Sonderrechte die
sie sich bei der Landnahme gesi-
chert hatten sowie auch die Sprache
und den evangelischen Glauben.
Italien hat sie aufgesogen. Heute
sind Schweizern alle Türen ver-
schlossen, bei uns stehen sie weit
offen. Wäre es umgekehrt, so wäre
die Schweiz auch heute noch ein
Auswandererland für gut geschulte
Schweizer. Was wir im Gegenzug
eintauschen, sind «weniger qualifi-
zierte Arbeitnehmer» (so die sozia-
listische Forderung). Wer trägt die
Folgen? Arbeitslosenversicherung,
Krankenkassen, Invalidenversiche-
rung. Leidtragend sind sicher auch
unsere eigenen Behinderten in den
«geschützten Werkstätten». Ist sol-
che Einwanderung nicht gar unso-
zial? *Robert Berner, Rheinfelden*

¹⁾ Rolf Marti, Eckartschrift 154, Deutsche
in den Südwestalpen, Wien 2000



**Der Leser hat
das Wort**

*In dieser Rubrik werden die per-
sönlichen Meinungen unserer Le-
ser wiedergegeben. Diese decken
sich nicht notwendigerweise mit
derjenigen der Redaktion.*

**Bundesgerichtliche
Plandemokratie?**

Wie ist es möglich, dass vier bis
fünf Angehörige des Bundesgerich-
tes, welche ungerechterweise nicht
Partei-paritätisch vertreten sind, ei-
nen Volkseinbürgerungsentscheid
als willkürlich bezeichnen und die-
sen per Dekret umstossen? Der
Grund für diese Demokratiefeind-
lichkeit: Der Bundesrat will ein Be-
schwerderecht gegen ablehnende
Einbürgerungsentscheide durch-
setzen – konform mit Forderungen
aus internationalen Konventionen.
Konventionen, die weder von
Stimmbürgern noch von direkter
Demokratie etwas wissen wollen.
In der neuen Bundesverfassung
steht: Art. 34 Abs. 2: Die Garantie

der politischen Rechte schützt die
freie Willensbildung und die un-
verfälschte Stimmabgabe. Sowie in
Art. 36 Abs. 4: Der Kerngehalt der
Grundrechte ist unantastbar.
Da von Seiten der Stimmbürger-
schaft sicher keine Korruption
möglich ist und gleichzeitig oft
von einem «offenen Land mit Zu-
kunft» geredet wird, ist es völlig
verfehlt und auch gesetzeswidrig,
dem Stimmbürger gewaltsam den
Mund zu verschliessen.

*Marcus Stoercklé, Basel,
Mitgl. Initiativkomitee Eidg.
Volksinitiative «Volkssouveränität
statt Behördenpropaganda»*

**Zustimmung zu
vatikanischem Erlass**

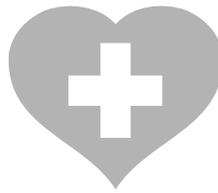
Obwohl ich als Konfessionsloser
und Atheist von religiösen Dog-
men und kirchlichen Verhaltens-
weisungen äusserst wenig halte,
empfinde ich den vaticanischen
Feldzug gegen die rechtliche Aner-
kennung der gleichgeschlechtli-
chen Partnerschaft, welche die tra-
ditionelle, volkserhaltende Familie
indirekt diskriminiert, aus demo-
graphischer und geopolitischer
Sicht als einen Akt der blossen Ver-
nunft.

Da ausser dem muslimanischen
Albanien alle Länder Europas die
Geburtenrate von 2,1 Kindern pro
Frau, die für den Fortbestand eines
Volkes notwendig ist, bei weitem
nicht erreichen, tut vor allem eine
aktive, kinderfreundliche Famili-
enpolitik und nicht eine Förde-
rung von eheähnlichen Verbindun-
gen von Schwulen und Lesben
dringend Not. Dies umso mehr, als
namentlich die EU- und EFTA-
Länder zusehends von demogra-
phisch äusserst dynamischen Afri-
kanern und Asiaten, die zumeist
islamischen Glaubens sind, als ihr
Lebensraum beansprucht werden.
Die Muslime und die Schwarzafri-
kaner stehen für eine zahlreiche

Nachkommenschaft ein, lehnen
den Schwangerschaftsabbruch ab
und brandmarken die Homosexua-
lität als «Abnormität und hässli-
ches Tun».

Auch die Rabbiner, Dr. Jonathan
Sacks und Joseph Sitruk, die geis-
tigen Oberhäupter der britischen
bzw. der französischen Judenheit,
haben sich in Verantwortung für
ihr Volk deutlich gegen die Homo-
sexualität ausgesprochen, worüber
der Londoner «Jewish Chronicle»
vom 8. Dezember 2000 und die
französische Wochenzeitung «Ri-
varol», Paris, vom 30. Juni 2000 zu
berichten wussten. Dieses Verant-
wortungsbewusstsein geht der
nach einer kirchlichen Zeremonie
für gleichgeschlechtliche Paar Su-
chenden evangelisch-reformierten
Geistlichkeit völlig ab.

Wenn dereinst der Muezzin von
den Türmen unserer in Moscheen
umgebauten Kathedralen die Gläu-
bigen zum Gebet aufrufen wird,
was nur noch eine Frage von weni-
gen Generationen ist, wird der
Spuk mit dieser amtlich abgeseg-
neten perversen Partnerschaft in
unseren Gefilden kein Thema
mehr sein. *Max P. Morf, Genf*



Les raisons pour impérativement ne pas entrer à l'UE



Mary Meissner,
Vernier

Ce n'est pas la première fois que j'essaie de mettre en garde mes concitoyens, surtout les europhiles, afin qu'ils se rendent compte des dangers inhérents aux conditions absurdes élaborées à Maastricht par des élus au rabais qui ont réussi, sans mandat, à imposer aux pays membres «un monde plus juste» qui, pour l'instant, ne veulent plus se plier aux normes de 3% du PIB de déficit.

La France et l'Allemagne, suivies bientôt de l'Italie et de l'Espagne ont compris qu'elles n'étaient que les relais obligés des décisions prises à Bruxelles par une vingtaine de commissaires apatrides, petite coterie ne dépendant de personne et qui ne rend de comptes à personne. D'ailleurs, comment cette marche au mondialisme dénoncée par José Bovey peut-elle être juste,

puisqu'elle résulte d'un demi-siècle de socialisme avec son cortège de bureaucratie et d'arrogance, de décisions anonymes, de dérèglement des marchés à coups de décrets et de subventions tandis que l'Internationale des multinationales s'est associée à l'instauration d'un *nouvel ordre mondial*.



L'alliance du grand capital et du socialisme aboutit à une bureaucratie tentaculaire sans foi, ni loi, déjà dénoncée lors du règne du communisme qui tue les nations, abolit les patries pour finaliser une civilisation de techno-démocrates qui n'ont plus, comme repère, que l'argent. Ces tendances ont été concoctées dès 1940 par Jean Monnet et ses disciples de la franc-

maçonnerie se voulant les guides, avec un François Mitterrand suivi d'un Jacques Chirac les conduisant vers la République universelle. Cela coûte à la France un remboursement quotidien d'un milliard d'euros d'intérêt pour une dette colossale représentant trois ans de recettes fiscales soit un peu plus de 15'000 euros par Français et 50'000 par foyer actif.

Avec l'agrandissement aux pays de l'Est, très pauvres, les perspectives sont catastrophiques. Est-ce cela que veulent nos europhiles? N'oublions pas l'Allemagne qui tourne avec 4% de déficit budgétaire et brave aussi les commissaires de Bruxelles. L'Europe est devenue un grand champ de bataille où chacun lutte pour soi. Car les problèmes des gens du Nord ne sont pas les mêmes que ceux des gens du Sud et chacun récuse la vision de l'autre.

Relevons que pendant ce temps, José Maria Aznar, le pion des libéraux américains à Madrid, s'entend avec les communistes polonais pour contrer l'entente Paris-Berlin. Pendant ce temps, les bouffons de service à Paris, Londres ou



Rome, tournent en rond comme des guêpes, parlant beaucoup mais ne faisant rien. L'Internationale terroriste prend de l'ampleur. Les médias en France vilipendent la police qui essaie de maintenir un ordre aléatoire. Par contre que de propagande pour la Fête de l'Humanité tandis que toute expression nationale est interdite! Quo Vadis Union européenne? La Suisse n'en veut rien telle qu'elle est et telle qu'elle sera.

Opinion des partis

Tout ne va pas si bien dans l'Union européenne pour vouloir y entrer à tout prix et l'UDC et les Démocrates Suisses ne font que confirmer tout haut ce que beaucoup de citoyens pensent tout bas. Ces citoyens, simples pékins pas nécessairement obtus, n'ont en général pour se faire entendre, que l'adhésion à un parti qui parle pour eux. Est-il normal, par exemple, que la nouvelle Constitution élaborée par Valéry Giscard d'Estaing laisse la porte ouverte aux grands pays comme la France, l'Allemagne, l'Angleterre et l'Italie en leur accordant le droit de veto dénié aux autres plus petits pays. La Pologne par exemple a bien compris qu'elle perdrait sa souveraineté si elle acceptait d'être à nouveau sous la tutelle de Bruxelles au lieu de la tutelle moscovitaire soviétique, et

elle se regimbe. Il me semble que la Suisse riquerait elle aussi de se lier les poignets en perdant sa neutralité et ses droits démocratiques de libre arbitre en entrant dans cette UE en gestation. D'autant plus qu'avec la perspective de voir un jour la Turquie faire partie de cette équipe, (selon Schröder qui soutient Ankara dans cette possibilité) nous serions confrontés à des partenaires qui tuent leur fille ou sœur parce qu'elle veut s'émanciper, les obligations de mariages arrangés et la fameuse filière de drogue qui est un danger pour nos enfants. Je ne comprends pas que tant de citoyens helvétiques tout partis confondus, insistent pour y inclure la Suisse alors qu'elle a tant à y perdre. L'argent n'a jamais compensé la liberté.

Charlotte Morel

Eglise, je t'accuse

Ainsi l'Eglise de Rome sort une encyclique spéciale désignant une quarantaine d'interdictions chrétiennes liturgiques, cathécumènes et autres. Je n'ai certes pas l'intention de relever les incongruités apparaissant à chaque paragraphe vu mon incompetence en la matière. Par contre je m'étonne qu'une fois de plus, il ne soit fait aucunement mention du respect dû aux animaux. Il me semble qu'avec les catastrophes d'eau et de feu que la planète vient de subir, peu de cas ait été fait au sujet des hécatombes de toutes sortes dont la faune a été l'innocente victime. Grâce à ces directives émanant du Vatican, c'était l'occasion de dénoncer les cruelles corridas dont tant de chrétiens se régalaient, les tortures infligées par les vivisecteurs, les élevages tragiques, l'em-

prisonnement infâme, les mises à mort sans ménagement, les transports honteux, etc. Il ne faut pas oublier la chasse dont St-Hubert bénit les tueries, alors que l'église oublie St-François d'Assise malade de tous ces massacres. Il est dès lors compréhensible que tant de chrétiens se détournent de l'église. Ne serait-il pas temps d'enseigner dans les écoles et au catéchisme le respect, la compassion, la reconnaissance et l'amour que nous devons aux animaux? A quand de telles directives venant d'un Pape pour réveiller les consciences?

Mary Meissner

Démocrates
Suisses



Euthanasie hypocrisie deux mots qui riment

La question de l'euthanasie revient sur le tapis. N'est-il pas étrange que l'on omette sciemment dans ce contexte, le débranchement autorisé pour les cas de mort clinique lorsque la médecine veut récupérer des organes à transplanter? Au contraire, pour cela, il y a une propagande intense afin de pouvoir tuer le moment venu en faveur d'un demandeur souvent ne souffrant pas. Alors pourquoi faire tant d'histoire lorsqu'un être humain qui souffre le martyr et demande à

mourir, est-il obligé, soi-disant pour des questions d'éthique, d'attendre une mort qui n'a pas de fin? Est-ce parce que ses organes sont irrécupérables?

D'autre part, ces mêmes personnes anti-euthanasie bien portantes, ne voient aucun inconvénient à vivisectionner et à torturer des milliers d'animaux innocents et en santé! Ces humains très chrétiens vont avec plaisir voir des corridas où la mise à mort est plus cruelle que la potion délivrant un légume

couché à l'hôpital depuis des mois! Pourquoi ne met-on pas en parallèle à l'euthanasie humaine interdite, l'euthanasie animale permise et qui se pratique pour «éviter» des souffrances inutiles à nos animaux de compagnie adorés?

Il y a une telle hypocrisie dans cette lutte acharnée contre une des dernières libertés de l'être humain à vouloir mourir dans la dignité puisqu'on lui refuse souvent la liberté de naître ou non s'il est lourdement handicapé, me révolte profondément. Puisqu'on n'a aucun droit de choisir sa naissance, laissons-nous au moins le droit de mourir à notre convenance.

Il y a tellement de mise à mort autour de nous, dans les abattoirs,

dans le Grand Nord, en Afrique, au cœur des Océans, et dans des guerres absurdes et fratricides, qu'un humain euthanasié sur sa demande ou dans l'intérêt d'une transplantation ne fait aucune différence dans la création. N'oublions pas que les étoiles, novae et planètes elles-mêmes meurent, se font manger pas les trous noirs, alors nous pauvres humains avons-nous une telle importance qu'il faille édicter des lois boiteuses et hypocrites?

Maria de Seimners

Le Piloni

La décadence s'accélère

Décidément tout ce qui vient des USA est de plus en plus catastrophique. Qu'il s'agisse de politique, de finance, de musique et maintenant de mode, on se demande jusqu'où ce peuple aux extrêmes multiples va aller. Par exemple la mode new-yorkaise se roule dans le stupre et la luxure. Dernièrement un défilé de mannequins a parodié sous la houlette de Jeremy Scott, un peep show sulfureux. On y voit des amazones à crinières chevalines sanglées dans des maillots de bain très minimalistes se déhanchant dans des poses suggestives érotiques au son d'une musique électronique. Et puis l'on voit, se trémoussant de la même manière une collégienne, une nonne, un duo de jeunes femmes s'adonnant à une séance sadomasochiste, l'une le mors aux dents, l'autre un fouet à la main, et enfin un couple en train de copuler, et deux lesbiennes s'embrassant à bouche que veut-tu. Cette mise en scène choquante a paraît-il ravi les rédactrices de mode aussi cinglées que les mannequins.

Il y a mieux. Le créateur français Pierrot, spécialiste de la maille, est venu compléter ce show par une parodie de tournage d'un film porno. Des Lolitas en mini-short et super-mini-jupes complétés de pulls pastels aux motifs ultrasexuels ont défilé avec des mines faussement innocentes sous le regard libidineux d'une maquerelle incarmée par Mimi Rogers, l'ex-madame Tom Cruise.

Dans un autre registre, le duo franco-argentin Vasseur Esquivel a présenté une mode très suggestive de pantalons et robes transparents laissant apparaître des sous-vête-

ments aguichants. Quant au collectif As-Four, il clôturé le défilé par une combinaison androgyne intégrale seconde peau très sadomaso. Il n'y a plus de morale, ni de décence nulle part.

Une statue excitée

Cela continue dans la sculpture (sans parler des tableaux décadents et des photos pornos qui se multiplient dans les expositions et les musées) avec une statue érigée à Kingstone en Jamaïque dans un parc public, représentant un homme au garde-à-vous avec un pénis de bronze turgescent et volumineux filmé et photographié par des milliers de curieux. Cette statue représente un couple d'esclaves nus célébrant l'abolition de l'esclavage en 1838. Je me demande ce qu'en disent les descendants de ces esclaves?

Dépens somptuaires

A nos nombreuses accusations portant sur les subventions accordées aux requérants d'asile déboutés que grèvent nos finances d'une manière honteuse, les différents édiles aussi bien de gauche que de droite, ont démenti arroser à mauvais escient ces réfugiés économiques et les clandestins. Or, nous lisons dans la presse de ce jour que le Conseil d'Etat entame enfin, (et tenez-vous bien, dans l'allégresse) un programme d'allègement. Après trois heures d'échauffement des cordes vocales, les sénateurs, ont pris une première décision de considérer comme des étrangers en situation irrégulière les requérants d'asile dont la demande a été rejetée. Ils sortiront de l'aide sociale et devront quitter les lieux d'hébergement. Ceux qui resteront en Suisse malgré la sommation d'expulsion devront se débrouiller

seuls ou frapper à la porte des associations de bienfaisance ou de l'Assistance publique. De plus ceux qui ne collaboreront pas à l'établissement de leurs papiers d'identité, seront placés dans des camps d'internement. Le Conseil fédéral espère économiser ainsi 15 millions en 2004, 45 millions en 2005 et 77 millions en 2006. Il n'y a que la socialiste Christiane Brunner qui a essayé de mettre son veto sans succès. Malgré cela, les cantons réticents à expulser ces sangsues recevront, pour leur bonne volonté, fr. 1000.- par renvoi exécuté et 600 francs pour les éventuels cas d'assistance. Ruth Metzler veut faire ainsi preuve de bonne volonté pour aider monsieur Villiger à diminuer la dette helvétique se montant à plusieurs milliards de francs.

En parallèle, un groupe d'observateurs sera constitué pour surveiller que la petite délinquance n'augmente pas. Ces contre-mesures vont-elles entamer, par leur coût, l'amélioration des restrictions prévues?

C'est malheureux d'«acheter» la bonne volonté des fonctionnaires cantonaux pour qu'ils fassent leur travail grassement payé par les contribuables. Encore une fois, le loup sort du bois et consent à avouer que ces subventions-là coûtent chères et que nous avons raison de les dénoncer.

Elections fédérales

Je me demande à quoi servent les annonces des partis dans les journaux? Ces publicités coûtent les yeux de la tête et une fois vues, le regard ne s'arrête même plus sur le renouvellement journalier de ces slogans et photos. Un certain agacement remplace l'indifférence. La plupart des lecteurs sont des

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le Camp des Saints de Raspaël sera bientôt une réalité

Beaucoup de gens aujourd'hui non seulement se lassent des statistiques, mais n'y croient plus. A chaque fois que l'on constate l'absurdité et le mensonge de certains pourcentages, on se dit que dorénavant on ne se laissera plus emboîter.

Certains offices officiels ayant compris qu'ils avaient intérêt à espacer leurs sondages, se tiennent tranquilles pour l'instant. C'est pourquoi nous prenons la relève en ces jours d'été caniculaires, pour faire un tour d'horizon, en évitant de parler pourcentages. Les pays du Maroc à l'Égypte qui font partie du littoral sud méditerranéen doivent maintenant assurer le rôle difficile d'Etats tampons, depuis les arrangements de Schengen, entre une Europe prospère et une Afrique en crise. Et voici quelques chiffres édifiants:

L'Espagne est la première à se plaindre, car elle a dépensé plus de 25 milliards de pesetas depuis 5 ans pour acheter des radars, un centre pilote de contrôle électronique et surtout pour entourer les deux présides de Ceuta et Mellila de deux murailles en acier galvanisé de 3.10 de haut (8.5 km de long pour Ceuta) équipées de projecteurs, caméras, fils de fer barbelés, et entourées comme en son temps le mur de Berlin, d'un no man's land de 5 m. De plus, 3400 agents supplémentaires ont été engagés pour traquer les clandestins qui essaient de débarquer sur sol espagnol, 140 caméras balayent le détroit de Gibraltar incluant patrouille maritime, hélicoptères, viseurs nocturnes ayant coûté à eux seuls, 3 milliards de pesetas. Un système a été importé d'Israël, le SIVE, qui peut détecter le moindre frémissement dans le détroit.

A la suite d'accords boiteux avec les pays d'émigration, les 17 pays signataires de la convention de Schengen qui exigent des contrôles

renforcés des candidats à l'exil et la réadmission des demandeurs d'asile refoulés, le Maroc a fait preuve de bonne volonté en renforçant ses dispositifs de surveillance qui lui coûtent 200.000 euros par jour. Les patrouilles maritimes lui ont permis d'intercepter 2039 candidats au départ en 2000. Eu 2001, il a refoulé 15'000 ressortissants africains et asiatiques, expulsé 6698 personnes et stoppé sur le chemin du départ, 20'000 Marocains.

Le roi du Maroc s'est fâché contre l'Espagne l'accusant d'abriter de puissantes mafias qui ont des comptes bancaires et des passeports pour leur trafic sur des bateaux qui servent à embarquer les clandestins.

Selon les estimations, 30'000 personnes tenteraient chaque année de traverser le détroit de Gibraltar. 15'000 réussiraient à passer, 14'000 seraient arrêtées et 1000 périeraient noyées. Dans le camp de Ceuta, construit en 1997 pour recevoir 700 personnes, il y en a aujourd'hui 2000. Devra-t-on agir là-bas comme en France à Sangate? Ce sont en majorité des migrants venus du Mali, Niger, Congo, et autres pays déchirés par la guerre. De plus, à part le Maroc, la Lybie est devenue un lieu de passage où la chasse est particulièrement brutale, car depuis 1999 leur nombre a triplé. Plus de 30'000 migrants, la plupart Algériens erreraient au nord du Maroc pour trouver un endroit de passage, car l'Algérie refuse de les réadmettre.

Bref, le Camp des Saints n'est pas loin d'être construit en Europe, la vague irrépressible des affamés et des chômeurs du monde entier croyant que l'Europe est un bassin de bien-être. Il l'est de moins en moins et il sera bientôt dans la même situation que les pays d'où proviennent les réfugiés de toutes sortes.

Mary Meissner

Le Pileri

Suite de page 14

abonnés qui savent lire et refusent d'être pris pour des cancre. Quant aux autres lecteurs éventuels, ils sont trop peu nombreux pour justifier de telles dépenses publicitaires. De toutes façons, les socialistes ne voteront pas pour les libéraux et les communistes rejeteront à priori tout ce qui n'est pas bien rouge. Les citoyens ont compris depuis longtemps que les shows télévisés et la remue-ménage des médias sont

des mises en scène manipulées et ils ne se laissent plus prendre aux promesses électorales qui ne durent que le temps des gesticulations politiques. On sait très bien qu'une fois en place, ces délégués employés de grandes firmes, banques ou assurances, se laisseront téléguidés par leurs employeurs ou leurs conseils d'administration pour former des lobbies qui influenceront les votes au Parlement. D'ailleurs, s'il y a autant de partis, cela veut bien dire que ces hommes et femmes ont des intérêts communs et divergents

et que plus il y aura de problèmes à résoudre, moins il y aura possibilité de consensus. Que de perte d'argent, de salive, d'énergie et combien de frustrations inutiles!

L'écœurement se poursuit

L'argent versés par nos banques aux juifs pour rembourser, aider et compenser les dégâts de l'holocauste n'a été distribué, après cinq ans, qu'à raison d'un petit tiers. Rappelons que le pactole soutiré à grand renfort de chantage, s'élevait à 1,25 milliards de dollars dont 800 millions étaient dévolus à l'indemnisation des ayants droit de comptes en déshérence.

Parmi plus de 30 000 demandes déposées au tribunal arbitral installé à Zurich, beaucoup semblent erronées. Jusqu'à maintenant, seules 999 personnes ont été indemnisées dont 27 seulement ont connu l'horreur et sont encore en vie aujourd'hui. Près de 560 cas concernent des indemnités d'enfants ou de petits enfants, tandis que les autres touchent la famille plus éloignée. Donc, nous avions raison de dénoncer, dès le départ de cette exaction «originale», le profit à la base de cette mise en scène. Surtout que les spécialistes prévoient qu'il n'y aura pas assez d'héritiers de victimes du nazisme pour épuiser les 800 millions et ce, malgré un assouplissement des attributions.

Le comble est atteint, lorsque les experts prévoient que le tribunal revote son mode de répartition et décidera de verser le solde à des organisations juives. Voilà où va notre argent, à l'aide aux supporters d'une diaspora entièrement dévouée aux actuels dirigeants d'Israël qui vilipendent des milliards de dollars pour renforcer leur puissance sans partage. Nous sommes vraiment les dindons de la farce, car notre pays n'a jamais eu de camps de concentration, n'a jamais fait la guerre et s'est toujours dévoué aux tâches humanitaires. Quand donc nos «sages» inclueront-ils dans notre Constitution, des articles de loi nous protégeant des requins à l'affût?

Amoureux, ils défient la nature

Le métissage qui devient à la mode chez les humains déteint aussi chez les animaux. Figurez-vous qu'une demoiselle cygne a accepté les avances d'un monsieur jar. Ce pauvre petit mâle, rejeté pendant trois ans par ces dames cygnes tellement imbues d'elles-mêmes et arrogantes qu'elles ne voulaient pas se compromettre avec une sous espèce, est devenu l'amoureux fidèle et le papa attentionné d'un cygne-canard. Il a le cou moins long, et ses ailes brunes brillent sur des plumes blanches.

Octopus

La stupidité de l'homme Blanc

Le livre de Michael Moore contient de fulgurantes vérités. Et je n'ai choisi que celles qui peuvent nous influencer directement ou indirectement. C'est pourquoi je laisse de côté les chapitres ayant trait au problème racial puisque nous n'avons jamais eu de colonies, ni de traite des noirs.

Par contre, j'ai relevé un chapitre concernant le réchauffement de la planète dans lequel l'écrivain cloue au pilori le refus de Kyoto par les Etats Unis. Il profite de cet événement pour accuser les responsables du recyclage des déchets ménagers, de laxisme. Malgré un plan de séparation des débris, bouteilles, alu, etc. et quoique beaucoup de citoyens suivent à la lettre les consignes y relatives, une fois les divers sacs ramassés par la voirie, ils sont jetés pêle-mêle dans des poubelles creusées en plein désert. Lorsque Moore intrigué, a suivi un de ces camions de ramassage et qu'il s'est rendu compte de l'inutilité de ses efforts de tri, il ne prend plus la peine de le faire et fourre tout dans le même sac. Combien de citoyens vont faire

la même chose sans état d'âme, surtout après lecture de ce livre?

Il y a pire. Des millions de personnes qui vivaient dans le Nord froid, sont descendues dans les régions plus chaudes du Sud des Etats Unis, surtout depuis l'installation d'air conditionné dans les immeubles, les voitures et les lieux publics. Car le climat est chaud et aussi très humide, donc insupportable. Ces migrations exigent une dépense d'énergie considérable consommant du pétrole et autres moyens atomiques de production. En parallèle, le gaspillage étant énorme, l'eau potable commence à manquer et le Président Bush n'a rien trouvé de mieux que de proposer l'achat de l'eau alpine pure. Il suffirait de poser des tuyaux sous atlantiques, «puisque cela marche pour les communications téléphoniques». Encore heureux qu'il ne suggère pas d'aller sur Mars pour embouteiller l'eau qui s'y trouve dans le sous sol.

Après cela ne nous étonnons pas des batailles à l'OMC pour libérer tout et n'importe quoi.

Maria de Seimners

Keine Verschleuderung des Bürgerrechts

«Es ist eine Tatsache, dass grosse Teile der Schweizer Bevölkerung mit der bundesrätlichen Asyl-, Ausländer- und Einwanderungspolitik nicht einverstanden sind. Ablehnende Einbürgerungsentscheidungen an der Gemeindeversammlung oder an der Urne sind nicht zuletzt Ausdruck dieser kritischen Haltung. Viele Menschen haben genug von jenen Politikern, Parteien und Richtern, welche Asylmissbrauch und Masseneinwanderung tatenlos hinnehmen und schon jetzt das Schweizer Bürgerrecht quasi verschachern wollen. Das Ziel dieser Bürgerrechtsrevision ist sonnenklar: Mit Masseneinbürgerungen und durch Ausschaltung des Stimmvolkes soll der Ausländer-

anteil massiv gesenkt werden und unser Land für Zuwanderer noch attraktiver gemacht werden. Die direkte Demokratie in Einbürgerungsfragen ist der herrschenden Politikaste und den Richtern ein mächtiger Dorn im Auge. Hiermit bekräftige ich nochmals, dass die Schweizer Demokraten gegen die zu beschliessenden Erleichterungen der Einbürgerungsvorschriften so oder so wo nötig das Referendum ergreifen werden. Niemals werden es die Schweizer Demokraten zulassen, dass unser Bürgerrecht zum Nulltarif verschachert wird.»

*Nationalrat Bernhard Hess,
in der Bürgerrechtsdebatte
vom 24. September 2003*



Begrenzung der aussereuropäischen Einwanderung

SD-Unterschriftensammlung an der OLMA

Auch dieses Jahr werden wir an der OLMA Unterschriften sammeln. Vom 9. bis zum 19. Oktober (die letzten 11 Tage vor den Nationalratswahlen) an der OLMA in

St. Gallen. Zum ersten Mal in der Waaghaus-Unterführung. Allerdings brauchen wir dafür dringend Mithilfe, um das Ziel von 6000 Unterschriften zu erreichen.

Ich mache auch mit

Sammeltermine

9. 10. Donnerstag
 10. 10. Freitag
 11. 10. Samstag
 12. 10. Sonntag
 13. 10. Montag
 14. 10. Dienstag

Bitte zutreffendes ankreuzen

Übernachtung erwünscht

15. 10. Mittwoch
 16. 10. Donnerstag
 17. 10. Freitag
 18. 10. Samstag
 19. 10. Sonntag

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Natel: _____

Einsenden an:

Roland Uhler, Lenaustr. 19, 9000 St. Gallen. E-Post: ruhler@freesurf.ch



Schweizer Demokraten

SD-Petition zur Beibehaltung von «Aktenzeichen XY ungelöst»

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Die Schweizer Demokraten (SD) haben unter der Federführung des Berner Stadtrates Peter Bühler und Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess, beide Mitglieder der SD-Geschäftsleitung, eine Petition zur Beibehaltung der Fahndungssendung «Aktenzeichen XY ungelöst» lanciert.

Petition

Sendung «Aktenzeichen XY ungelöst» muss bleiben!

Sowohl die Schweizer Polizeistellen wie auch breite Bevölkerungskreise bedauern das Ende der äusserst erfolgreichen Fahndungssendung «Aktenzeichen XY ungelöst» auf dem Kanal von Schweizer Fernsehen DRS. Der Polizei wird somit die direkte Möglichkeit, Fahndungsaufrufe im ganzen deutschsprachigen Raum zu publizieren, zumindest erschwert.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der nachstehenden Petition der Schweizer Demokraten (SD) verlangen, dass die Fahndungssendung «Aktenzeichen XY ungelöst» weiterhin auf dem Kanal von Schweizer Fernsehen DRS ausgestrahlt wird.

Diese Aktion wurde insbesondere nötig, weil der Bundesrat auf eine Intervention zur Verhinderung der Absetzung, von SD-Nationalrat Bernhard Hess in der Fragestunde vom 22. September 2003, kein Musikgehör zeigte.

Die SD begründen ihre Petition damit, dass mit der Absetzung der

äusserst erfolgreichen Fahndungssendung der Polizei die direkte Möglichkeit, Fahndungsaufrufe im ganzen deutschsprachigen Raum zu publizieren, zumindest erschwert wird. Noch 1988 verhinderte der damalige SD-Nationalrat Markus Ruf, Bern, die Absetzung von «Aktenzeichen XY ungelöst».

**Federführend für diese Aktion
zeichnen Peter Bühler**, SD-Stadtrat, Bern, www.peterbuehler.ch
und Bernhard Hess, SD-Nationalrat, Bern, www.bernhard-hess.ch.

Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, E-Mail: sd-ds@bluewin.ch

Weitere Unterschriftenbogen können bestellt werden bei:

**Petition unterschreiben und sofort
einsenden an:
Schweizer Demokraten (SD)
Postfach 8116, 3001 Bern**

Kanton:..... PLZ:..... Politische Gemeinde:.....

Nr.	(in Blockschrift)		Wohnadresse		
	Name	Vorname	Strasse	Nr.	PLZ / Ort
1					
2					
3					
4					
5					